

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 44.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 1. November 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Herbstklage.

Holder Lenz, du bist dahin!  
Nirgends, nirgends darfst du bleiben!  
Wo ich sah dein frohes Blühen,  
Braust des Herbstes banges Treiben.

Wie der Wind so traurig fuhr  
Durch den Strauch, als ob er weine;  
Sterbefeußer der Natur  
Schauern durch die welken Haine.

Waldesrauschen, wunderbar  
Hast du mir das Herz getroffen!  
Treulich bringt ein jedes Jahr  
Welkes Laub und welkes Hoffen.

Lenau.

## Das Arbeitslosenproblem.

Die weit verbreitete Ansicht, für den deutschen Arbeiter sei in allen Lebenslagen gesorgt, kann vor der rauhen Wirklichkeit leider nicht Stand halten. In unserer sozialen Fürsorge besteht noch eine große Lücke. Wohl ist durch die gesetzliche Arbeiterversicherung für die Tage der Krankheit, des Unfalls und der Invalidität ein Existenzminimum gewährleistet, aber für die Zeit unverschuldeter Arbeitslosigkeit ist eine gesetzliche Fürsorge in Deutschland bisher nicht vorhanden. Der Arbeitslose ist dem Schicksal völlig preisgegeben. Und kein Arbeiter ist davor gesichert. Alle müssen gewärtig sein, daß ihnen diese schwerste Prüfung im Kampfe ums Dasein nicht erspart bleibt. Arbeitslos, existenz- und mittellos! Das ist die stete Sorge, die den Lohnarbeiter auf seinem Lebenswege begleitet. Arbeitslosigkeit, so heißt die Geißel, von der die arbeitende Bevölkerung in ihrem Lebensnerv getroffen wird. Da liegt der Ausgangspunkt für den Ruin unzähliger Existenzen, für die Zerrüttung Tausender von Familien, für den Untergang in Verzweiflung und Verbrechen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit sind so verheerend, so verwüstend für unser Volksleben, daß nicht nur die direkt Beteiligten oder Bedrohten — die Arbeiter — an der Lösung dieser Frage interessiert sind, sondern hier ist die Volksgesamtheit in Mitleidenschaft gezogen, hier handelt es sich um eine Lebensfrage der Nation, an der Staat und Gesellschaft nicht untätig vorbeigehen können.

Zur Zeit steht die Arbeitslosenfrage wieder im Vordergrund. In den meisten Industriezweigen ist die Geschäftslage stark abgeflaut, infolgedessen die Zahl der Arbeitslosen an manchen Orten in bedenklicher Weise angeschwollen. Die Leidtragenden und alle warmherzigen Freunde des Volkes erheben ihre Stimme, um Maßnahmen zur Vinderung der Not zu erlangen. Die einflussreichen Gegner einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge setzen sich heftig zur Wehr. Letzteren liefert die Sozialdemokratie wirkungsvolle Waffen dadurch, daß sie die Arbeitslosenfrage in die parteipolitische Agitation hineinzerzert und zum Objekt revolutionärer Volksverhetzung macht. So wogt der Streit im Lager der Interessenten hin und her. Prinzregent Ludwig von Bayern hat in einer Rundgebung an den zuständigen Minister auf die Bedeutung der Frage hingewiesen und Maßnahmen zur Vinderung der Not angeregt. — Die gesetzgebenden Körperschaften werden nicht daran vorbeikommen, sich in den kommenden Tagungen mit dem Arbeitslosenproblem zu beschäftigen. Im bayerischen Landtag ist dies

inzwischen schon geschehen. Was im allgemeinen dabei herauskommen wird, muß abgewartet werden. Man wird gut daran tun, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben. Die Gegner einer ausreichenden Arbeitslosenfürsorge sind so zahlreich und mächtig, daß es der äußersten Kraftanstrengung der sozialfortschrittlichen Kreise bedarf, um die entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Auf die Dauer aber müssen wir zu einer befriedigenden Arbeitslosenfürsorge kommen. Der heutige Zustand ist unhaltbar und birgt schwere Gefahren für das Gesamtwohl des Volkes in sich.

Zuverlässige Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit haben wir leider nicht. Eine fortlaufende genaue Statistik über die Lage des Arbeitsmarktes ist bisher noch ein frommer Wunsch geblieben. Mehrere Städte nehmen zwar periodisch Arbeitslosenzählungen vor, die aber nur zur Beurteilung der lokalen Verhältnisse etwaige Unterlagen schaffen können. Den besten Maßstab zur Beurteilung des Umfangs der Arbeitslosigkeit bieten uns die Frequenzziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise, ferner die Arbeitslosenstatistiken der Gewerkschaften, die regelmäßig jeden Monat im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht werden. Die Frequenzziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise geben uns ein Bild der Lage des Arbeitsmarktes in der sogenannten Jastrow'schen Ziffer. Aus Angebot und Nachfrage bei den Arbeitsnachweisen wird nämlich festgestellt, wie viel Arbeitssuchende in einem Kalendermonat auf je 100 offene Stellen kommen. Daraus lassen sich dann auch die Jahresdurchschnittsziffern herausrechnen. Demgemäß kommen auf 100 offene Stellen Arbeitssuchende:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
105,96	115,15	156,34	172,18	156,53	122,34	122,40

Im ersten Halbjahr 1913 haben sich die Arbeitsmarktverhältnisse im Vergleich zum Vorjahre wesentlich verschlechtert. Seit Februar sind die Andrangsziffern beträchtlich höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Daraus nun ohne weiteres auf den hereinbruch einer Wirtschaftskrise zu schließen, wäre aber gewagt. Sachkundige Leute haben vielmehr die Ansicht ausgesprochen, daß die Geschäftslage wieder anzukommen würde, wenn die allgemeine politische Entspannung durch den Friedensschluß auf dem Balkan eingetreten sei.

Damit ist das Elend der Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Fürsorge selbstverständlich nicht aus der Welt geschafft. Ganz gleich, ob die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur sich mehr oder weniger empfindlich bemerkbar machen, die Zahl der Arbeitslosen ist so groß, und die Folgen dieses Zustandes sind so bedenklich, daß Abhilfe dringend notwendig ist. Das zeigen uns am besten die Arbeitslosenzählungen der Gewerkschaften, die vom Kaiserlich-Statistischen Amt zusammengestellt und monatlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht werden. In diesen Zählungen sind etwa 50 Arbeiterorganisationen mit über zwei Millionen Mitgliedern beteiligt. Die ermittelte Arbeitslosigkeit betrug im Monatsdurchschnitt für das Jahr:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
1,09%	1,56%	2,93%	2,82%	1,92%	1,86%	1,97%

Auf den ersten Blick sehen diese Prozentziffern sehr geringfügig aus; sie erscheinen in ihrer Tragweite jedoch in einem ganz anderen Lichte, wenn man den jeweiligen Prozentsatz der ermittelten Arbeitslosen auf die Gesamtheit der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen umrechnet. Legt man die bei der letzten Berufs- und Gewerbezahlung in Industrie, Handel und Verkehr ermittelten 10,4 Mill. Lohnarbeiter zu Grunde, so waren durchschnittlich jeden Tag arbeitslos:

im Jahre 1906	113 360	Personen
„ „ 1907	162 240	„
„ „ 1908	304 820	„
„ „ 1909	293 280	„
„ „ 1910	199 680	„
„ „ 1911	193 440	„
„ „ 1912	204 880	„

Das sind gewiß Zahlen, besonders in den Jahren mit schlechter Geschäftslage, die zu denken geben müssen. Nimmt man beispielsweise den Monat Dezember 1908 mit 4,4 Prozent Arbeitslosen in den Gewerkschaften, so ergibt sich, daß in diesem Monat jeden Tag 457 600 Personen arbeitslos waren. Nun ist die von den Gewerkschaften ermittelte Arbeitslosenziffer aber noch viel günstiger als die tatsächlichen Zustände sind, weil bei den statistisch erfaßten Gewerkschaften die Verbände aus den Saisongewerben — wie Bauarbeiter, Schneider usw. — fehlen. Ferner kommt noch in Betracht, daß die unteren Schichten der Arbeiterschaft den Gewerkschaften überhaupt nicht angeschlossen sind, aber erfahrungsgemäß von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen werden. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist also in Wirklichkeit noch größer, als aus der Statistik der Gewerkschaften zu entnehmen ist.

Daß für die Tausende, die von dem Schicksal der Arbeitslosigkeit ohne Schuld betroffen werden, eine Fürsorge notwendig wäre, wagen nur solche Kreise zu bestreiten, die in kapitalistischer Profitgier herzlos an den materiellen und seelischen Nöten des Volkes vorüber gehen. Die Notwendigkeit wird auch weniger bestritten als die Möglichkeit einer gründlichen Abhilfe, die in einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ihre Krönung finden müßte. Das Unternehmertum will nicht zahlen, will ferner das Angebot auf dem Arbeitsmarkt möglichst hoch halten, um die Löhne drücken zu können; darin liegt der Kern der Gegnerschaft, die sich der Arbeitslosenfürsorge in den Weg stellt.

Nun wird auch niemand in Abrede stellen können, daß man es hier mit einem überaus schwierigen Problem zu tun hat, dem schwierigsten jedenfalls, das in dem großen Komplex der sozialen Frage zu lösen ist. Aber die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Das zeigen uns die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen, die Einrichtungen mancher Gemeinden, sowie auch die staatlichen Arbeitslosenversicherungen in Frankreich, Dänemark, Norwegen und England. Es gibt zunächst eine ganze Reihe von Mitteln, die vorbeugend wirken, wenn sie nur angewandt würden; es muß auch zu ermöglichen sein, die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit vom Einzelnen auf die Schultern einer größeren Gemeinschaft oder der Gesamtheit abzuwälzen. Die Schwierigkeiten einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sind gewiß groß. Was mit den Saisonarbeitern geschehen, wie der Begriff: unverschuldete Arbeitslosigkeit, festzustellen ist, wer Träger und Verwalter der Versicherung sein soll, alles das sind überaus schwierige Teilfragen des Problems, die der Lösung harren. Aber standen nicht ähnliche Schwierigkeiten auch der Schaffung einer Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung entgegen? Sind sie da nicht überwunden worden? Ebenso wird es auch hier möglich sein, wenn nur der ernsthafte Wille bei den maßgebenden Faktoren vorhanden ist. Die christlichen Gewerkschaften haben schon auf ihren Kongressen 1904 in Essen und 1912 in Dresden praktische gangbare Wege gezeigt, wie die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu bekämpfen sind. Und der bevorstehende dritte deutsche Arbeiterkongress wird erneut zu der brennenden Frage Stellung nehmen, nicht um Agitationsstoff zu schaffen, sondern um den armen Arbeitslosen praktisch zu helfen; ein Prinzip, das bei der Behandlung dieser Angelegenheit überall maßgebend sein sollte.

### Lebensmittelteuerung und Lebensmittelversorgung.

Mit dieser für das ganze Volksleben außerordentlich wichtigen Frage wird sich der nächste christlich-nationale Arbeiterkongress beschäftigen.

Die Preise der wichtigsten Lebensmittel haben in den letzten Jahren eine Höhe erreicht, die für weite Kreise der unermittelten Bevölkerung kaum noch zu erschwingen ist. Wir haben ferner mit periodisch wiederkehrenden Teuerungen, namentlich des Fleisches, zu rechnen, die zwar vorübergehend eine kleine Abschwächung erfahren, jedoch hinterher vielfach in verschärfter Form wieder auftreten. Man hat das Vol. damit zu beruhigen versucht, daß man die Teuerungen der letzten Jahre als vorübergehende, in ungewöhnlichen Verhältnissen begründete Erscheinungen bezeichnete. Aber diese Versicherungen haben sich als absolut unzutreffend erwiesen. Die „vorübergehenden Erscheinungen“ waren mehrere Jahre nacheinander jedes Jahr zu beobachten. Es gelingt den Gewerkschaften im Allgemeinen nicht mehr, mit der Lohnsteigerung dem Anziehen der Lebensmittelpreise im gleichen Tempo und in gleichem Maße zu folgen. Eine Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Schichten der Arbeiterbevölkerung ist die Folge. Wenn diese Entwicklungslinie so weiter geht, dann muß sie schließlich in recht bedenklichen Zuständen enden und zur förmlichen Beryttung der deutschen Volkskraft führen.

Die Textilarbeiterchaft hat ganz besondere Veranlassung, mit aller Deutlichkeit den Finger auf die Teuerungswunde zu legen. Die Löhne der Textilarbeiter sind schlecht. Nicht nur, daß sie im allgemeinen zur Befriedigung einer normalen Lebenshaltung längst nicht ausreichen, sie sind auch am allerwenigsten gleichen Schrittes mit den Preisen der hauptsächlichsten Nahrungsmittel gestiegen. Das liegt zum Teil an der Teilnahmslosigkeit vieler Textilarbeiter und -arbeiterinnen gegenüber der gewerkschaftlichen Berufsorganisation, an den traurigen gewerkschaftlichen Verhältnissen unseres Berufes, zum großen Teil aber auch an den schwierigen Abnahmeverhältnissen des Textilgewerbes. Die Tatsache ist da: die Lebenshaltung der weitaus meisten Textilarbeiterfamilien ist absolut ungenügend und infolge des ständigen Anstimmens der Preise für Wohnung und Nahrungsmittel verschlechtert sie sich mehr und mehr. Die körperliche Schwächung des Textilarbeitervolkes ist die nächste traurige Folge dieser Tatsache. Die zweite ist die Zunahme der Frauenarbeit mit all ihrem Elend für die Familie.

Aber diese unhaltbaren Teuerungsverhältnisse hemmen schließlich auch die gewerkschaftliche Entwicklung und schwächen das innere Leben der Berufsverbände. Die über große materielle Sorge ist die Todesbinde aller gewerkschaftlichen Tugenden. Ihr qualendes Gefühl nimmt dem Arbeiter die Berufs- und Lebensfreude und stumpft ihn ab in dem Gedanken, mit seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern gemeinsam für die Verbesserung der Lebensweise kämpfen zu müssen. In den Textilbezirken, wo die Lohn- und Lebensverhältnisse am traurigsten sind, haben Kameradschaftlichkeit, gewerkschaftlicher Solidarismus und Standesbewußtsein am wenigsten Wurzeln schlagen können. Die Masse lebt dumpf und stumpf dahin. Viele Arbeiter haben den Glauben an die Gewerkschaftsfrage verloren, weil sie infolge des ständigen Anziehens der Miet- und Lebensmittelpreise den Erfolg der Gewerkschaftsarbeit in ihrer materiellen Lebenshaltung nicht mehr direkt zu spüren bekommen, weil die Teuerung der letzten Jahre die materiellen Erfolge jahrzehntelanger Gewerkschaftsarbeit gefressen hat. Auch fällt es manchem Textilarbeiter schwer, den Verbandsbeitrag zu zahlen, wenn die Befreiung der Lebenshaltung den letzten Groschen und noch mehr verschlingt.

Aber den Textilarbeiter trifft die Teuerung auch in seiner Eigenschaft als Produzent. Das Textilgewerbe ist hauptsächlich auf den Massenkonsum angewiesen. Jede Schwankung im Lohnverkommen der breiten Volksmassen und jede Verteuerung ihrer Lebenshaltung muß das Textilgewerbe in seinen Absatzverhältnissen zu spüren bekommen. Wo Miete und Nahrungsmittel die Einnahmen verschlingen, muß an der Kleidung gespart werden. Es wird entweder weniger oder es werden billigere und schlechtere Sachen gekauft. Beides beinträchtigt das Arbeitsverhältnis und die Verdienstmöglichkeit des Textilarbeiters. In Zeiten ungünstiger Absatz- und Preisverhältnisse aber einen gewerkschaftlichen Kampf zu wagen, ist eine zweifelhafte Sache. Die Beeinträchtigung des Inlandsverbrauchs muß die deutsche Textilindustrie um so schwerer treffen, als infolge des Vorranschreitens der industriellen Vervollständigung alter Absatzmärkte auch der Verkauf nach diesen Ländern in den letzten Jahren sehr gelitten hat. Diese Tatsachen machen die gewerkschaftliche Aktion in der Textilindustrie wahrhaftig nicht leichter. Wir haben also als Gewerkschaftler alle Ursache, entschieden und rücksichtslos auf das Teuerungsübel hinzuweisen.

Aber die Teuerung ist für uns keine Gewerkschaftsfrage, sondern eine Sache des deutschen Volkes. Wir verlangen durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung, um einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Volks-

schichten und einer Schwächung der deutschen Volkskraft vorzubeugen.

Es kommt darauf an, die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes sicher zu stellen. Vor allem kommen hier Weizen und Vieh in Betracht. Bei Weizen vermag die deutsche Landwirtschaft den Verbrauch längst nicht, bei Fleisch allerdings zu rund 90 Prozent zu liefern. Aber es handelt sich um den Verbrauch, nicht um den Bedarf. Dieser ist höher als der Verbrauch, da anzunehmen ist, daß durch die Fleischteuerung der Konsum ganz erheblich eingeschränkt wird. Nun wollen wir gewiß nicht, daß die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ganz auf den Auslandsbezug eingesezt werde, aber es ist doch unbedingt Pflicht unserer Handelspolitik, bezgl. der Weizen- und Fleischversorgung erhebliche Erleichterungen zu treffen. In welchem Sinne das geschehen kann, darüber wird in einem besonderen Artikel zu sprechen sein.

### Die Situation in Bocholt.

In Bocholt sind die Differenzen nahezu erledigt. Bei dem Friedensabluß konnte auf Grund der getroffenen Vereinbarungen und gegebenen Erklärungen angenommen werden, daß im allgemeinen bis zum 15. Oktober die Lohnfrage erledigt sein würde. Von einigen Ausnahmen abgesehen, ist dieses auch so eingetroffen. Allerdings hat das nicht ohne Hindernisse und Schwierigkeiten gegangen. Mehrfach schien es, als ob die Arbeitgeber den Erwartungen der Arbeiter keine Rechnung tragen wollten. Besonders das uns auf den Tisch geflügte Geheimmaterial der Fabrikanten-Vereinigung mußte berechtigtes Mißtrauen erwecken, und nach dem derzeitigen Stand der Dinge war ein neuer Kampf zu erwarten. Die Sachlage hat sich aber geändert, indem die Arbeitgeber Entgegenkommen zeigten.

Seit, nach dem 15. Oktober, kann gesagt werden, daß auch in der Lohnfrage ein bedeutsamer Erfolg zu verzeichnen ist. Von den ca. 60 Firmen sind 50 erledigt. Diese haben eine Lohnerhöhung gewährt und ebenfalls in den sogenannten „Nebenfragen“ die Abmachungen eingeführt. Die Lohnerhöhungen traten ab 15. Oktober in Kraft. Bei manchen Firmen beträgt die Lohnerhöhung insgesamt über 5%, bei anderen Firmen unter 5%, je nach den Verhältnissen. Eine ganz genaue Uebersicht wird erst nach der Ausfüllung detaillierter Fragebogen möglich sein.

Bei etwa zehn Firmen steht eine Einigung noch aus. Darunter befinden sich vier ganz kleine Betriebe. Ein Teil der betreffenden Firmen erledigte zwar die Lohnfrage, weigert sich aber noch, die Vergütung für Material auf Material zu zahlen unter Bezugnahme auf die Eigenart ihrer Betriebsverhältnisse. Ein anderer Teil genannter Firmen will in der Lohnfrage nicht genügend Entgegenkommen zeigen. Es handelt sich demgemäß bei den noch ausstehenden Firmen zum großen Teil noch um „Teildifferenzen“. Die betr. Fälle sind der Fabrikanten-Vereinigung unterbreitet, welche die Arbeiter vorher zu hören hat. In Abrede ist die Angelegenheit ganz erledigt. Alles in allem ist eine erhebliche Verbesserung erzielt, die für sämtliche Betriebe Bocholts und Rhede in Betracht kommt. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die noch nicht erledigten Fälle auch eine annehmbare Lösung finden.

### Verfrühte Schadenfreude.

Das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes äußerte eine unverhohlene Freude, als es vor einigen Wochen den Anschein hatte, als ob die Bocholter Arbeitgeber eine durchgreifende Lohnerhöhung auf Grund des derzeitigen Friedensschlusses nicht gewähren würden. Der „Textilarbeiter“ war gar so liebenswürdig, uns zu der „Niesenblamage in der schwarzen Strategie“ zu gratulieren. Nun hat sich das „deutsche“ Organ zu früh gefreut. Wir kondolieren zu diesem Vereinsfall des „deutschen“ Verbandes.

Man sollte meinen, daß der „Textilarbeiter“ sich doch allmählich schämen würde, ob der ungeschicklichen und arbeiterschädigenden Rolle, die er in der Bocholter Bewegung gespielt hat. Es war der Personensinn unserer Gegner roter Couleur, die Arbeiter möchten in Bocholt einen gründlichen Vereinsfall erleben. Das konnte man aus allen Artikeln des „Textilarbeiters“ herauslesen. Obendrein wurde dann noch das menschenmögliche geleistet in solchen Darstellungen und in der Belämpfung unserer Verbandsleitung, um die Arbeiter gegen diese aufzuklären und uneinig zu machen. Greifen wir aus der Fülle der Beweise nur einige Stichproben heraus:

Zunächst hat der „Textilarbeiter“ den Bocholter Arbeitgebern klar zu machen versucht, daß sie an der Teuerung keine Schuld trügen, sondern das Zentrum und — der Zentrumsabgeordnete Schiffer, der zugleich Vorsitzender des christlichen Verbandes sei. (Sehr arbeitervreundlich!)

Die sozialdemokratischen Arbeiterauschmittglieder des „deutschen“ Verbandes in Bocholt nahmen während der Aussperrung an den Ausschußversammlungen teil, stimmten mit ab und fanden anscheinend die Beratungen und Beschlüsse für gut, mußten dann aber dem „Textilarbeiter“ hinter dem Rücken der „Christlichen“ Material aus den Versammlungen und Sitzungen liefern. Was die Genossen in den von unserem Verbands einberufenen Ausschußsitzungen für gut befanden, wurde im „Textilarbeiter“ in der bekannten Manier bekämpft und heruntergerissen. (Sehr ehrlich!)

Nach der Bewegung behauptete der „Textilarbeiter“, es sei hinter den Kulissen etwas vorgegangen. Er stellte

es so dar, als ob Kollege Schiffer oder die Verbandsleitung in Bocholt hinter dem Rücken der Arbeiter geheime Abmachungen mit dem Fabrikanten zur Bewachung der Arbeiter getroffen hätten. Wie in der Regel, blieb auch hier der Redakteur Krähig den Beweis schuldig. Er hat auch nicht den Mut, einem gerichtlichen Verfahren gegen ihn, wo er dann Gelegenheit hätte, den Beweis anzutreten, stattzugeben. Er verschanzte sich hinter den Schutz, den er als Abgeordneter genießt. (Sehr mutig!)

In Nr. 42 behauptet der „Textilarbeiter“ schlankweg, in Bocholt hätten Tausende von Unorganisierten noch entlang die Verbandsfelder bezogen. Wir haben den Satz dreimal lesen müssen, weil wir — trotzdem uns am „Textilarbeiter“ nicht leicht etwas überrascht — denn doch eine solche Behauptung nicht für möglich hielten. Aber dennoch ist im „Textilarbeiter“ zu lesen. Nun bringe uns doch der „Textilarbeiter“ einen einzigen Unorganisierten, der in Bocholt Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten hat. Bitte! (Sehr wahrhaftig.)

Wirklich, ein Edel erfährt einen, wenn man sieht, wie mit Lügen und Skrupellosigkeit, die ihresgleichen suchen, gegen uns gearbeitet wird. Dabei wirft sich der „Textilarbeiter“ noch zum Sittenrichter gegen unseren Verband auf und bezieht uns der „Moral totaler gewerkschaftlicher Verklumpung“. Wir dürfen uns allen Ernstes die Frage vorlegen, ob wir uns aus „Reinheitsrückichten“ noch mit dem Textilarbeiter beschäftigen sollen.

Es gereicht uns aber zur Freude, daß das Organ des „deutschen“ Verbandes so wenig Erfolg mit seiner arbeiterschädigenden Haltung inbezug auf den Ausgang die Bocholter Bewegung gehabt hat. Die Bocholter Arbeiter haben trotz alledem einen ansehnlichen Erfolg zu verzeichnen. Der „Textilarbeiter“ würde, wenn sein Verband hier in Frage käme, der Welt sicherlich einen sehr großen Sieg verkünden. Diesmal hat aber die „schwarze Strategie“ den Erfolg. Die Schadenfreude ob der „Niesenblamage in Bocholt“ und die bezgl. Gratulation in Nr. 41 des „Textilarbeiters“ waren verfrüht. Unser Beileid!

### Deutschland als Bremser des Jugendschutzes.

Vom 15. bis 20. September hat in Bern die zweite internationale Arbeiterkonferenz stattgefunden. Die erste fand vor 7 Jahren ebenfalls in Bern statt. Sieben Staaten unterschrieben damals sofort das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzindustrie und dreizehn Staaten vereinbarten das Verbot der Nachtarbeit von Frauen in fabrikmäßigen Betrieben. Auch für Deutschland stellten diese Beschlüsse einen Fortschritt dar. Die deutsche Regierung brachte sofort ein Gesetz über den Gebrauch von Phosphor bei der Zündholzfabrikation ein. Seit der Zeit sind die Phosphorhölzer bei uns verschwunden, und ebenfalls verschwunden die häßlichen Krankheiten, von denen die Zündholzarbeiter befallen wurden. Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen war ohne erhebliche Bedeutung für Deutschland, weil es bei uns bestand. Nur die Nachtruhezeit wurde um eine Stunde verlängert.

War das praktische Ergebnis dieser ersten Staatenkonferenz ein hoch erfreuliches, so hat das der zweiten allen sozialpolitischen Kreisen eine große Enttäuschung bereitet. Der diesmaligen Konferenz lagen folgende Programmpunkte vor:

- 1. Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
- 2. Die allgemeine Festsetzung des 10stündigen Arbeitstages für Frauen und für die jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre.

Diese Programmpunkte der Konferenz sind arg verwässert worden. Die Nachtarbeit der Jugendlichen soll nicht bis zum 18., sondern nur bis zum 16. Jahre verboten sein. Damit ist der Kernpunkt des Programms geschwächt. Und nachdem bei diesem Punkte das 18. Lebensjahr für die männlichen Jugendlichen gefallen war, wurde auch bezüglich des zweiten Punktes das 16. beibehalten, während für Arbeiterinnen in der Regel keine Altersbeschränkung gilt. Es wurde ferner beschlossen, daß an Stelle des zehnstündigen Maximalarbeitstages eine 60stündige Wochenarbeit treten könnte, innerhalb der jedoch die Arbeitszeit täglich 10 1/2 Stunden nicht überschreiten darf. Man glaubt mit dieser letzteren Bestimmung die Sonntags- und Nachmittagsruhe allmählich durchzusetzen. Der zehnstündige Maximalarbeitstag ist mit manchen Ausnahmestimmungen und der Zulassung von erheblichen Ueberstunden bepackt worden.

Für das Verbot der Nachtarbeit bis zum 18. Lebensjahr traten sechs Staaten ein: Spanien, Frankreich, England, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Da sechzehn Staaten vertreten waren und Oesterreich und Deutschland sich gegen das 18. Lebensjahr entschieden ausgesprochen hatten, war dieser Vorschlag gefallen. Ein Vermittlungsvorschlag der Holländer, anstatt 18 Jahre 17 zu nehmen, fand die Zustimmung von sieben Staaten. Es traten dazu Holland und Rußland, während Schweden zurücktrat. Damit war auch dieser Vorschlag mit Stimmengleichheit abgelehnt. Schließlich wurde der Minimalvorschlag von 16 Jahren durch zwölf Staaten angenommen.

Kein Mensch, der dem gesunden sozialpolitischen Fortschritt huldigt, wird mit diesem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein. Ganz besonders bedauerlich ist es aber, daß außer Oesterreich sich vor allem Deutschland als der entschiedene Bremser betätigt hat. Seiner Stellungnahme ist das unglückliche Ergebnis der Konferenz in erster Linie zuzuschreiben. Die deutsche Regierung hat es diesmal nicht verstanden, das Ansehen des Vaterlandes vor dem Auslande als fortgeschrittenstes sozialpolitisches Staatswesen zu erhalten. Man wird

abwarten müssen, welche Gründe die Vertreter der Reichsregierung für ihr Verhalten in Bern anzugeben wissen. Man geht aber wohl nicht fehl mit der Annahme, daß ihr Verhalten auf den Einfluß der Kreise zurückzuführen ist, die unsere ganze deutsche Sozialgesetzgebung am liebsten mit einem Schläge zertrümmern möchten. Bereits lange Zeit vor Beginn der Staatenkonferenz haben sie die Regierung scharf zu machen und durch Artikel und Notizen in den ihnen nahestehenden Zeitungen die öffentliche Meinung gegen die Aufgaben der Konferenz einzunehmen versucht. Daß ihre unheilvolle Arbeit von solchem Erfolge gekrönt war, ist gerade kein ehrendes Zeugnis für die deutsche Regierung und auch kein gutes Omen für den sozialpolitischen Fortschritt der Zukunft.

Wir wollen trotzdem die Arbeit der Konferenz nicht für wertlos halten. Sie hat schon allein das eine Gute gebracht, daß für die deutschen Sozialpolitiker nunmehr ein neuer starker Antrieb gegeben ist, mit erhöhtem Nachdruck die Herausforderung des Schubalters für die Jugendlichen von der Regierung zu verlangen. Der Reichstag wird für diese Frage eine überwältigende Mehrheit aufweisen, der sich auf die Dauer die Regierung nicht entziehen kann. Schließlich ist aber auch die Festlegung der allgemeinen Regel, daß die Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren absolut ausnahmslos, für die Arbeiter unter 16 Jahren mit beschränkter Ausnahmen verboten ist, immerhin ein Erfolg der internationalen Vertragsschließung. Der internationale Arbeiterschutz ist recht schwierig und geht meist einen dornenvollen weiten Weg über viele Hindernisse und Widerstände. Ueber die genannten Fragen des Verbots der Nachtarbeit für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre und des zehnstündigen Maximalarbeitstages für die Arbeiterinnen und die Jugendlichen ist erstmalig im Jahre 1906 auf der Konferenz der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beschlossen worden. Die Konferenz forderte dann von den einzelnen Sektionen Berichte über den Stand dieser Frage. Eine Spezialkommission, die im Jahre 1908 zusammentrat, entwarf die Grundlinien für die zu fordernden gesetzlichen Maßnahmen. Diese wurden 1910 von der allgemeinen Konferenz der Internationalen Vereinigung genehmigt und gleichzeitig beschlossen, den Schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, die Staatsregierungen zu einer Konferenz einzuladen. Dieser Einladung folgten 16 Staaten, die jetzt in Bern vertreten waren, und zwar: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Groß-Britannien, Australischer Bundesstaat, Italien, Norwegen, Niederland, Portugal, Rußland, Schweden und die Schweiz. Die in Bern gefaßten Beschlüsse sind nicht etwa schon dadurch endgültig geregelt, sie bedürfen jetzt noch der Behandlung durch die Diplomatie. Im nächsten Jahre wird eine diplomatische Konferenz stattfinden, in der die Verträge endgültig ratifiziert werden.

Schon diese Darstellung zeigt die erhebliche Umständlichkeit des Verfahrens in den Bestrebungen des internationalen Arbeiterschutzes. Für uns in Deutschland gibt es deshalb gar keine andere Wahl, als mit erhöhtem Nachdruck für den Ausbau des Arbeiterschutzes im nationalen Rahmen jetzt einzutreten. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß die Regierung dem gewaltigen Druck der Sozialpolitiker und Jugendfreunde auf die Dauer nicht widerstehen kann. Auch deshalb schon, weil die Militärverwaltung sich auf unsere Seite stellen muß im Interesse der Wehrhaftigkeit unseres Volkes. Deshalb lassen wir uns von keiner kleintüchtigen Stimmung beherrschen, sondern holen nun erst recht aus zu einem nachdrücklichen Kampf für unsere heranwachsende Arbeiterjugend.

### Sozialdemokratische Rörgler.

Die Einberufung des dritten deutschen Arbeiterkongresses scheint bei den Genossen ein gewisses Unbehagen ausgelöst zu haben. Anders kann man sich die engherzige Verkleinerungssucht der sozialdemokratischen Presse nicht erklären. Ganz systematisch versucht diese ihren Lesern gegenüber die Bedeutung der bevorstehenden christlich-nationalen Tagung herabzusetzen. So kommt der „Vorwärts“, das führende Organ der Sozialdemokratie, nach einer längeren „Würdigung“ der bisher stattgefundenen Arbeiterkongresse zu folgendem Ergebnis:

„Ende November dieses Jahres gedenkt der deutsche Arbeiterkongress zu seiner dritten Tagung zusammenzutreten. Es wird werden wie früher.“ Die Zeit verlangt ein mannhaftes Wort! — steht in diesen Letzern mitten in dem Aufruf zur bevorstehenden Tagung. An mannhaften Worten wird's nicht fehlen in Berlin. Aber diejenigen, die in Preußen und Deutschland die Sozialpolitik kommandieren, pflegen auf mannhafte Worte nichts zu geben, wenn sie dahinter keinen mannhaften Willen und eine diesen Willen stützende Macht zu fürchten brauchen. Weid es aber fehlt im christlich-nationalen Lager, wo sich hinter den mannhaften Worten nichts verbirgt als Feigheit und Ohnmacht.“

Sonderbar, höchst sonderbar! Wenn der bevorstehende deutsche Arbeiterkongress denn wirklich eine so bedeutungslose Tagung ist, warum dann so viel Kraftaufwand? Was dann nötig, über ihr zwei lange Leitartikel zu verbreiten? Nein! Aber der „Vorwärts“ weiß, daß sein Gefasel von der Ohnmacht und der Bedeutungslosigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den Tatsachen nicht entspricht; er weiß, daß die Ausrufung der linksliberalen „Frankf.-Ztg.“ (Nr. 165/06): „Heute wird die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl literarischer Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; ... sie (die christlichen Arbeiter, d. R.) bilden die eigentlichen Stützen des Reichstagswahlrechts“ auch jetzt noch der

Wahrheit weit näher kommt. Darum seine kampfhaften Bemühungen, diese Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren.

Was den „Vorwärts“ und die ihm gesinnungsverwandte Presse zu dieser Taktik veranlaßt, das ist die Ohnmacht der eigenen Partei und deren Bedeutungslosigkeit in der praktischen Politik. Wie schrieb doch unlängst noch die Leipziger Volkszeitung (Nr. 151):

„Zwei Tatsachen sind es die auf dem Gebiete der inneren Politik den letzten Monaten den Stempel ausdrückten: die preußische Landtagswahl und die deutschen Rüstungsvorlagen. In beiden Fällen ist die Sozialdemokratie unterlegen, der neue Landtag gleicht dem alten wie ein faules Ei dem anderen, und im Reich hat Moloch sogar noch mehr Futter bekommen, als er selber bis zuletzt zu hoffen gewagt hätte. ... Der Imperialismus hat die gewaltigste aller Rüstungsvorlagen, die jemals dagewesen ist, in seine Scheuern gebracht. Er hat das vermocht mit einem Reichstage, in dem die Sozialdemokratie so stark vertreten ist wie nie.“

Von der hier ganz treffend gekennzeichneten Ohnmacht der sozialdemokratischen Partei sollen die Genossen abgelenkt werden. Deswegen das Manöver der sozialdemokratischen Presse. Daß dem deutschen Arbeiterkongress tatsächlich eine andere Bedeutung zukommt als wie sie ihm von der Genossenpresse angepöbeln wird, geht schon aus den Ausführungen hervor, die das in allen sozialpolitischen Kreisen hochgeschätzte Organ für Sozialreform, die „Soziale Praxis“, dem Kongress in ihrer Nr. 2/1918 widmet. Sie lauten:

Dieser Aufruf wird, dessen sind wir sicher, freudige Aufnahme und starken Widerhall in den Massen der nichtsozialdemokratischen und nichtgelben Arbeiter finden. Denn die Organisationsbewegung unter den deutschen Arbeitern, die durch kein sozialdemokratisches und kein gewerkschaftsfeindliches Verbot nur dem Ideale humaner Besitzung nachstreben und die Gesundheit und Kraft des deutschen Volkes und seiner nationalen Wirtschaft von unten herauf zu stärken trachten, hat eine erfreuliche Ausdehnung und Schwungkraft gewonnen. Insbesondere aber wird auch die angeklagte Lageordnung des 3. deutschen Arbeiterkongresses außerordentlich anziehend auf die breitesten Kreise der Arbeiterschaft wirken. Unter der Lebensmittelverteuerung seufzen alle Arbeiterschichten; die Arbeitslosenfürsorge ist eine geradezu brennende Frage geworden und wird bis zum 30. November noch heißer die Gemüter entflammen als bisher. Und das Gespenst sozialpolitischer Rückwärtsseherei zumal auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes, geht bereits so breit bei hellem Tage um, daß ihm endlich einmal der Garaus gemacht werden muß. Wenn sich eine Million unabhängiger nationalgesinnter Arbeiter, die verschiedenen Parteien angehören und auf kein Klassenkampfdogma schwören, einmütig gegen das koalitionsfeindliche Treiben der sozialdemokratischen Dunkelmänner wenden, dann dürfte ihren parlamentarischen Vertretern doch wohl die Lust vergehen, sich im Reichstag neuen und vernichtenden Niederlagen auszusetzen.“

Diese Einschätzung der bevorstehenden christlich-nationalen Arbeitertagung klingt doch wesentlich anders. Wir haben darum keinen Grund, uns über die kleinliche Nörgelei der Genossen sonderlich aufzuregen.

### Allgemeine Rundschau.

Eine glänzende Apologie der Gewerkschaftsfrage. Für die volkswirtschaftliche und allgemein kulturelle Bedeutung eines körperlich und geistig gesunden, sozial und materiell hochstehenden Arbeiterstandes haben die Kreise der Groß- und Schwerindustrie bislang im allgemeinen nicht sonderlich viel Verständnis an den Tag gelegt. Die Bestrebungen der selbständigen Gewerkschaften, die Arbeiterchaft sozial zu heben und ihre Einkommensverhältnisse zu verbessern, bekämpften sie direkt als industriefeindlich. In den letzten Jahren haben sich ihnen einige Gelehrte angeschlossen, die den Wert der Gewerkschaften nur noch in deren Erziehungsarbeit erblickten, die aber die Bestrebungen zur Verbesserung der Löhne für einen großen volkswirtschaftlichen Fehler halten. Die Gewerkschaften verringerten durch ihre Lohnpolitik das für die Erweiterung der Produktion notwendige Kapital. Dadurch müßte die Volkswirtschaft Schaden erleiden, denn sie könne nur blühen, wenn ihr ständig neue Kapitalien zufließen, damit sie sich kräftigen und ausdehnen könne.

Nun ist es interessant, in keinem geringeren Blatte als in dem offiziellen Organ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller („Deutsche Industrie-Zeitung“ Nr. 42 b. J.) diese Lehrmeinung widerlegt und — indirekt zwar nur — eine glänzende Apologie des gewerkschaftlichen Strebens zu finden. In der „Deutschen Industrie-Zeitung“ wird auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Spartätigkeit der Arbeiter hingewiesen. „Wie die wenigsten hohen Einkommen nicht allein zur Deckung der Bedürfnisse der Allgemeinheit mit Steuern belastet werden können, so kann auch von ihnen nicht allein die für die Produktion erforderliche Kapitalbildung und -erhaltung bewirkt werden.“ Würde das Einkommen ganz für den Konsum verwendet, dann bliebe die Wirtschaft stationär.

„Daraus folgt die Notwendigkeit, den Arbeiter durch Normierung der Löhne und durch Maßnahmen verschiedener Art die Möglichkeit und Lust zum Sparen zu geben. ... Der Arbeiter, der anfängt zu sparen — das ihm das meistens sehr schwer wird, soll nicht in Abrede gestellt werden —, hört damit auf, nur Konsument und willensschwacher Arbeitnehmer zu sein. Er ist nun mit der verbenden und schaffenden Volkswirt-

schaft ganz anders aktiv verknüpft, denn als noch so fleißiger und geschickter Arbeiter.“

Es müßte zu einem „Produktionsrückgang“ kommen, wenn bei gar keinen oder zu geringen Erübrigungen der breitesten Schichten der Bevölkerung der Produktion zu wenig Kapital zuflüsse und diese dadurch geschwächt würde.

Um weiter dazutun, von welsch außerordentlich großer Bedeutung das Wohlergehen der Arbeiterschaft für das Gesamtwohl ist, wird folgende Stelle aus einem Buche des im 18. Jahrhundert lebenden Gelehrten Artur Jung angeführt:

„So sehr fällt die Lage der unteren Volksklassen für das Leben der Nation ins Gewicht, daß ein Suchender nicht sorgfältig genug auf jeden sie berührenden Umstand achten kann. Ihr Wohlergehen bildet die breite Grundlage des öffentlichen Gedeihens, sie sind es, die alle nähren, kleiden und bereichern und die für alle anderen Klassen der Gesellschaft die Schlachten kämpfen. Nur, wenn sie alle diese Lasten zu tragen imstande sind, ohne Bedrückung zu fühlen, ist die Lage des Landes glücklich. Die Kraft und der Reichtum der Nation steht im Verhältnis zu dem Wohlergehen jener, und wenn sie elend sind, werden sich auch die Nationen im Zustande der Schwäche befinden.“

Das Organ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller sagt ausdrücklich, daß die Richtigkeit dieser Ausführungen kein Mensch bezweifeln könne. Darin liegt aber eine glänzende Apologie der sozialen Reformbestrebungen und unserer gewerkschaftlichen Sache. Steigerung der namentlich in der Textilindustrie noch traurigen Löhne, damit der Arbeiter nicht sein ganzes Einkommen für die Verbrauchsgüter herzugeben hat, damit er sparen und die Lasten des Landes, „ohne Bedrückung zu fühlen“, tragen kann. Selbstverständlich auch hauswirtschaftliche Erziehung der Arbeiterfamilien, damit das erhöhte Einkommen eine zweckmäßige Verwendung finde. Der Sozialreformer und der Gewerkschaftler finden die starken Wurzeln der Kraft für ihre Bestrebungen gerade in den Gedanken, die hier im Organ des schlimmsten Scharfmacherverbandes ausgesprochen werden.

Die Moral mit doppeltem Boden. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter hat eine doppelte gewerkschaftliche Moral. Die eine gilt dort, wo er allein regiert und über Tausende von Mitgliedern verfügt; die andere für jene Bezirke, wo unsere Organisation in der Mehrheit und bei einem eventuellen Kampfe den Löwenanteil der Kosten zu tragen hätte. Hier wird alles das als „Verrat“ und „Schurkerei“ gebrandmarkt, was dort als „vernünftige gewerkschaftliche Grundzüge“ gepriesen wird. Zu den vielen Beweisen wieder einen neuen. In einer Polemik gegen einen Verbandskollegen aus der Niederlausitz schreibt der „Textilarbeiter“ in Nr. 41 vom 10. Oktober u. a.:

„Allgemein wird man zugeben, daß ein erzielter Erfolg ohne Streit, wenn er erreicht worden ist, weil die Macht der Organisation das Entgegenkommen erzwingt, ohne daß sie nötig hatte, in Wirksamkeit zu treten, viel höher anzuschlagen ist als ein Erfolg durch einen oft sehr langen und für die Arbeiter opferreichen Kampf.“

Sehr vernünftig gesprochen, aber — merkt der „Textilarbeiter“ nicht, daß er dadurch die Haltung seines Verbandsvorstandes im Krefelder Färberstreit verurteilt? In Krefeld hatten die Färber nach dreitägigem Streik einen ansehnlichen Erfolg erzielt, der den Abschluß der Bewegung in Ehren ermöglichte. Die Leitung unserer Organisation war für Abbruch des Streiks, weil sie der Ueberzeugung war, „daß ein erzielter Erfolg ohne Streit“ oder nach kurzer Streikdauer „viel höher anzuschlagen ist als ein Erfolg durch einen oft sehr langen und für die Arbeiter opferreichen Kampf“. Das wurde uns damals als „Verrat“ und „Verbrechen“ angeteilt. Heute vertritt der „Textilarbeiter“ dieselben Grundzüge gegenüber seinen Mitgliedern in der Niederlausitz, weil der „deutsche“ Verband dort — eine übergroße Mehrheit hat.

Das ist die gewerkschaftliche Moral mit doppeltem Boden des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter.

Ein schlechtes Kompliment. In einem Schreiben an seinen Hauptvorstand führt der im Verbands „deutscher“ Textilarbeiter organisierte Spremberger Genosse Bewagnski lebhaftes Klage darüber, daß von der Zeitung des Verbandes in der Niederlausitz so gut wie gar nichts geschehe. Ein Teil des Schreibens ist im „Textilarbeiter“ (Nr. 41) abgedruckt. Wir geben folgende Stelle daraus wieder:

„Auf Antrieb des Hauptvorstandes sind noch nicht viel Streiks entstanden, das kann man bei uns Textilarbeitern in der Niederlausitz am besten sehen. Hier kümmert sich der Hauptvorstand überhaupt nicht um die Kollegen. ... Alles läßt den Zentralvorstand kalt; er macht keinen Finger krumm, um das Elend zu mildern.“

Und dann führt der Genosse noch an, daß der Lohn immer schlechter werde und die Behandlung jeder Beschreibungs ipotte.

Das ist gerade kein Kompliment für den „deutschen“ Verband. Der „deutsche“ Verbandsvorstand scheint aber auch zweiterlei Recht in seinem Verbands gelten zu lassen. Dort, wo er die Mehrheit und das Heft in der Hand hat, klagen die führenden Mitglieder, daß er keinen Finger krumm mache, um das Elend zu mildern; in Rheinland-Westfalen dagegen, dort, wo der „deutsche“ Verband gegenüber unserer Organisation in der Minderheit ist, da hat jeder „deutsche“ Bezirksleiter und Sozialbeamte ohne weiteres die Genehmigung zu allen Streiks in der Tasche. Der „deutsche“ Zentralvorstand scheint dann gar

nicht danach zu fragen, ob die Voraussetzungen vorhanden sind, die man in den Verbandsdomänen mit peinlicher Genauigkeit verlangt. Das ist das zweiseite Recht im „deutschen“ Verbands.

Etwas für die „Berliner“. Mitte Oktober fand in M.-Glabbach ein großer Mittelstandstag statt. Auf diesem sprach Herr Dr. Höfle von der Zentralstelle des katholischen Volksvereins über Hauptfragen des Handwerks- und Detailistenstandes.

Die heutige Struktur unserer Volkswirtschaft bedingt auch eine Begründung der Mittelstandsfragen in erster Linie mit wirtschaftlichem Beweismaterial. So läßt sich die Lebensfähigkeit des Mittelstandes leicht aus wirtschaftlichen Gründen nachweisen.

Damit ist die Berechtigung ethisch-sittlicher Momente anerkannt. Die Tatsache, daß darüber hinaus z. B. in einer gewissen Richtung der Arbeiterbewegung die Forderung aufgestellt wird, die wirtschaftliche Interessenvertretung dürfe nur auf konfessioneller Grundlage erfolgen, zwingt die Mittelstandsbewegung, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Das ist ganz genau der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften. Ob die „Berliner“ nun auch gegen die Mittelstandsbewegung zu Felde ziehen werden? Wir bezweifeln es. Das sind ja keine Arbeiter. Um so

mehr Veranlassung für diese, die „Berliner“ Ideen abzulehnen, denn — was dem einen nicht gefällt, ist dem andern billig.

Der Flachszoll. Jedesmal, wenn wir in Deutschland vor der Erneuerung des Zolltarifs stehen, werden aus landwirtschaftlichen Kreisen Stimmen laut, die einen Zoll auf die Einfuhr ausländischer Flachses verlangen.

Bei Beginn der Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches im Jahre 1879 war auf die Einfuhr ausländischer Flachses ein mäßiger Zoll gelegt worden. Er sollte die deutsche Flachskultur vor der Auslandskonkurrenz schützen.

Die deutsche Flachskultur scheint endgültig dahin zu sein. Wenigstens vermag sie in absehbarer Zeit eine nennenswerte Bedeutung mit oder ohne Zoll nicht zu erlangen. Der Flachsbau ist in Deutschland ganz rapide zurückgegangen.

1878	1888	1898	1900
133 900 ha	108 297 ha	60 956 ha	33 663 ha

In den letzten 10 Jahren hat sich die mit Flachses bestellte Fläche derart verringert, daß sie in den üblichen Statistiken des Reiches gar nicht mehr angeführt wird.

der Produktion zur Aufgabe des Anbaues geführt. Uebrigens sah sich die deutsche Landwirtschaft auch immer mehr vor die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk mit Lebensmitteln zu versorgen.

Daß ein Einfuhrzoll die heimische Flachserzeugung heben könnte, ist ausgeschlossen. Die deutsche Landwirtschaft ist auf den Flachsbau gar nicht eingerichtet.

Heute bezieht die deutsche Flachindustrie mehr als 90 Prozent ihres Bedarfes aus dem Auslande, vornehmlich aus Rußland. Das mag, vom Standorte der nationalen Volkswirtschaft aus gesehen, kein gelunder Zustand sein.

Der Fluch der bösen Tat. Die belgische Arbeiter-schaft leidet noch immer unter den Folgen des Generalstreiks, der im Frühjahr dieses Jahres mit großem Lärm und tönenden Worten eingeleitet und schon nach gut acht Tagen unter ganz kläglichen Bedingungen abgebrochen wurde.

### Begeisterung.

Begeisterung, Himmelstochter!  
Laß dich zur Erde nieder,  
Und schwing' ob unsern Häuptern  
Dein siegreich Banner wieder.  
Bann' ihn hinweg, den Unhold,  
Den Dämon unserer Zeit,  
Dies schläfrig, lahme Scheusal,  
Genannt: Gleichgültigkeit.

### Was ist uns Leipzig 1813?

Die Jahrhundertfeste von Leipzig sind verrauscht. Auf den Fluren, auf denen vor hundert Jahren die deutschen Befreiungskämpfe zu einem gigantischen Völkerringen emporwuchsen, hat der Kaiser inmitten der Bundesfürsten und der Abordnungen aus allen Kreisen des Volkes die Erinnerung an jene Tage begangen.

Es sind nicht die Einzelheiten der Vorgänge vor hundert Jahren, die uns die Bedeutung jener Tage erschließen können. Von so großem Interesse es sein mag, den militärischen Aufmarsch und die strategischen Pläne der Heere und ihrer Führer zu sehen, für die Erkenntnis der unschätzbaren Bedeutung jener Entscheidung von Leipzig ist es doch ziemlich weislos, wo Blücher am Morgen und Fürst Schwarzenberg am Abend gestanden.

Wir haben schon zu gegebener Zeit die eigenartige Stellung des deutschen Volkes inmitten der andern

Nationen Europas gezeigt. Deutschland liegt im „Herzen Europas“. Von je ist es ein Zwischenland gewesen zwischen Ost und West und Süd und Nord.

Sehen wir uns ein bisschen um im Werden des deutschen Volkes. Seine Grenzen sind besät mit Schlachtfeldern aller Zeiten und oft genug drang der Feind mitten ins Land, und nur mit äußerster Mühe ward er wieder vertrieben.

Nicht minder lang und schwer wütete der Kampf um die Ostgrenze. Zur Zeit Karls des Großen waren es die Avarn, die über die Grenzen Böhmens vorstießen.

An der Südgrenze, am Südschnee der Alpen zogen sich die Zusammenstöße deutscher und romanischer Kultur hin von den Zeiten der Römer bis zu den Heereszügen der Hohenstaufen nach Italien und den Kriegen Kaiser Karls V. und des französischen Königs Franz I. in der Lombardei.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Nord-, die Ost- und die Südgrenze der deutschen Nation durch blutige Entscheidungskämpfe gefestigt, die vordringenden Gelüste Fremder zurückgeschlagen.

süßliche Frankreich hinein, erwies sich nicht als lebensfähig. Es fiel in wechselnden Schicksalen an die beiden andern, an Frankreich oder an das alte Deutsche Reich.

Die Leipziger „Völkerschlacht“ brachte endlich auch im Kampf um die Westgrenze die Entscheidung. Der Vorstoß, in dem Napoleon die ganze glänzende Kraft seines Volkes zu furchtbarer Wucht zusammengefaßt hatte, um das alte Kaiserreich Karls des Großen unter Führung der französischen Nation in Europa wieder zu errichten, zerschellte in den Schlachten um Leipzig.

Die Völkerschlacht von Leipzig ist für das deutsche Volk das Ende und das Siegesiegel eines rund ein Jahrtausend dauernden Kampfes um seinen Wohnplatz und um seine nationale Freiheit.

Wir sind keine „Gaubinisten“. Nicht Leute, die ihr Volk und seine Eigenart als das einzige und beste betrachten, demgegenüber alle andern in verächtlicher Tiefe ständen.

Daß auch unser deutsches Volk, sein eignes freies Leben, sein eigenstes inneres Wesen bewahren und entwickeln konnte: des freuen wir uns in den Zeiten der Völkerschlacht von Leipzig und der ihr folgenden Siegesmonate.

(Wir entnehmen diesen Aufsatz der Nr. 43 der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“.)

recht bald nach dem Zusammenbruch des Streiks ihr Mächten an den Gewerkschaften zu fühlen versuchten. Der Generalstreik habe für die Gewerkschaften eine Zeit der bittersten Kämpfe im Gefolge gehabt. Wörtlich heißt es in dem Bericht:

„Raum war er beendet, da kam der wohl vorbereitete Angriff der Unternehmerorganisationen... auf die beständigsten belgischen Gewerkschaften. Es war den Unternehmern darum zu tun, die kollektiven Arbeitsverträge loszuwerden. Zu diesem Zwecke erfolgten eine Reihe von Ausperrungen, die nur zum Teile zugunsten der Arbeiter ausliefen. So mußten jedoch die seit vollen vier Monaten ausgesperrten Arbeiter der Brüsseler Wagen- und Automobilindustrie den Kampf aufgeben und die Bedingungen der Unternehmer akzeptieren, obwohl sie von der Gesamtarbeiterchaft in der prächtigsten Weise unterstützt worden waren. Dabei galt ihre Gewerkschaft als eine der stärksten des Landes. Der Metallarbeiterverband und andere Gewerkschaften, die obendrein erhebliche Mitgliederverluste erlitten, mußten heute noch Mitglieder unterstützen, die infolge des Generalstreiks gemäßigert wurden. Gewiß werden sie auch diese Schwierigkeiten überwinden, aber nach Ansicht der Unternehmer sind die Gewerkschaften gerade zur Zeit am meisten geschwächt. Daher ihr unerhörtes provokatorisches Vorgehen gegen organisierte Arbeiter. Und auch die Regierung schließt sich an, den Winten der Unternehmer... nachzulommen.“

Das sind die traurigen Folgen eines total verfehlten Experiments. Ob sie geeignet sind, die Begeisterung mancher deutscher Sozialisten für den Generalstreik etwas abzukühlen?

**Die Arbeitslosenfürsorge in Bayern.** Der Stadtrat von Ludwigshafen beschloß die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung. Sie soll bestehen in einer Zuschuß- und Versicherungsart auf Grund des von der bayerischen Regierung erlassenen Normalstatuts. Dieses sieht eine Verbindung des Center mit dem Berner System vor. Zugleich will der Stadtrat eine Petition an den Landtag richten, um den Städten das Recht zu verschaffen, den Versicherungszwang durchzuführen.

Fast zur selben Zeit beschäftigte sich auch der bayerische Landtag mit dem Problem der Arbeitslosenfürsorge. Der Minister des Innern, Freiherr von Soden, erklärte, daß die Regierung angesichts der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit bereits an alle beteiligten Behörden entsprechende Weisungen erlassen und Berichte über die bereitgestellten Arbeiten eingefordert habe. Den Berichten sei zu entnehmen, daß den Weisungen in weitgehendem Maße Rechnung getragen wurde. So werden z. B. die von der Verkehrsverwaltung vorgeesehenen Notstandsarbeiten rund 3200 Arbeitern länger dauernde Beschäftigung bieten. Auch das Kriegsministerium sei angesichts des durch die Heeresvermehrung entstandenen Mehrbedarfs in der Lage, circa 600 Arbeitern Verdienst zu verschaffen.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung führte der Minister aus, daß an die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung schon der entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten wegen in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Außerdem hätten die Reichsversicherungsordnung und das Versicherungsrecht für Angestellte nicht nur eine bedeutende Ausdehnung der sozialen Versicherung, sondern auch eine so erhebliche neue Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebracht, daß eine weitere Belastung, wenn irgend möglich, zu vermeiden sei. Insbesondere müsse abgewartet werden, bis auch das Ausland in der sozialen Versicherung einigermaßen nachgekommen sei, damit die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt werde. Konkurrenzgründe seien es wiederum, die es unmöglich machten, daß Bayern allein vorgehe. Aus dem gleichen Grunde gehe es auch nicht an, durch Landesgesetz den Städten das Recht zur zwangsweisen Einführung der Arbeitslosenversicherung unter Heranziehung der Arbeitgeber zur Beitragsleistung zu gewähren. Wohl aber sei die bayerische Staatsregierung trotz der ungünstigen Finanzlage bereit, die Gewährung staatlicher Zuschüsse zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung in Aussicht zu nehmen und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel aus der allerdings knapp bemessenen Budgetreserve zu beantragen.

Die vom Minister zuletzt angekündigte Gewährung staatlicher Zuschüsse an die gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen bedeutet immerhin einen erfreulichen Fortschritt in dieser Frage. Die Beseitigung der in manchen bayerischen Städten noch vorhandenen Widerstände gegen die kommunale Arbeitslosenversicherung wird damit erleichtert. Immerhin ein kleiner Trost gegenüber den pessimistischen Ansichten des Ministers bezüglich der reichsgesetzlichen Regelung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

**Gerichtet.** Dem Verband christlicher Hilfs-, Verkehrs- und Fabrikarbeiter gelang es vor einiger Zeit, im Pechelbronner Petroleumgebiet (Unter-Elb) erneut Fuß zu fassen. Den Genossen behagte das nicht, und sie suchten mit allen Mitteln dessen Weiterentwicklung zu unterbinden. Selbst vor Verleumdungen schreckten die roten „Freunde“ nicht zurück. So stellte z. B. ein Genosse Dittlie, Beamter des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, am 4. Mai zu Görden in einer vom christlichen Verband einberufenen Versammlung die Behauptung auf, der frühere Bezirksleiter des christlichen Verbandes, Heinrich Ruhn in Frankfurt (Main), hätte die Arbeiter des Pechelbronner Petroleumgebietes veraten und verkauft, und zwar dadurch, daß er sich vom Unternehmer habe schmieren lassen. Auch habe ihn der Unternehmer im Auto an die Bahn gefahren. Durch die Äußerungen fühlte sich Gewerkschaftssekretär Ruhn

beleidigt und strengte Privatklage an, welche am 17. Okt. zur Verhandlung stand und mit der Verurteilung Ottelies endigte.

Dieser wurde wegen Beleidigung zu 80 M. Geldstrafe und zur Tragung der nicht unerheblichen Kosten des Prozesses verurteilt. Außerdem wurde dem Privatkläger die Publikationsbefugnis in drei Zeitungen auf Kosten des Beklagten zugesprochen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß eigentlich eine Freiheitsstrafe am Platz gewesen wäre, von der nur deshalb Abstand genommen wurde, weil der Beklagte wenig vorbestraft sei. Eine hohe Geldstrafe sei jedoch am Platz, da die Behauptung des Angeklagten eine schwere Beleidigung und Ehrabschneidung gegenüber dem Privatkläger bedeute.

**Wahl der Klassenorgane.** Der preussische Minister für Handel und Gewerbe erläßt unterm 23. August 1918 folgende Bekanntmachung:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen weise ich darauf hin, daß weder durch die Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 11. Juli d. J. noch durch den Erlaß vom 22. Juli d. J. die Eintragung von Wahlberechtigten, deren Wahlrecht ohne weiteres festgestellt werden kann, in die vom Versicherungsamt aufzustellenden Wählerlisten von Amts wegen ausgeschlossen ist. Dies wird nötigenfalls vom königlichen Oberversicherungsamt auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung zum Erlaß weiterer Ausführungsbestimmungen anzuordnen sein. In die Listen sind alle Personen einzutragen, die wahlberechtigt wären, wenn die neuen Klassen nicht erst mit Wirkung vom 1. Januar 1914, sondern im Zeitpunkt der Wahl ins Leben treten würden. Zur Feststellung der Wahlberechtigung werden die Mitgliederverzeichnisse der Träger der Krankenversicherung, deren Mitglieder vom 1. Januar 1914 ab der allgemeinen Ortskrankenkasse angehören werden, einen Anhalt bieten, doch ist die Aufstellung nicht auf diese Hilfsmittel beschränkt. So können, wenn dadurch eine Verzögerung der Wahl nicht eintritt, auch Erhebungen über die durch die Reichsversicherungsordnung der Versicherungspflicht neu unterstellten Personen, soweit sie nicht schon bisher statutarisch versicherungspflichtig waren, in Frage kommen. Dabei ist der Unterschied der Höchstverdienstgrenze in § 2b RVG. und in § 165 Abs. 2 RVG. zu beachten. Ferner ist bei der Aufstellung der Wählerlisten auf die Scheidung nach Berufsgruppen, die etwaige Abgrenzung nach Wahlbezirken (§ 334, Abs. 2 RVG., § 97, Abs. 11, 12 der Musterfassung für die Ortskrankenkassen bei Ausschluß von Landtrankenkassen, § 79, Abs. 11, 12 der Musterfassung für Ortskrankenkassen, in deren Bezirk eine Landtrankenkasse errichtet ist) und die Bildung örtlicher Stimmbezirke (§ 11, Abs. 4, Satz 2 der Musterwahlordnung) Rücksicht zu nehmen.

Es kann zweckmäßig sein, für den Bezirk aller oder einzelner Versicherungsämter die Anmeldung der neu in die Versicherung einbezogenen Personen durch den Arbeitgeber vorzuschreiben.

Zum Nachweise der Wahlberechtigung von Personen, die nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, werden insbesondere eine Bestätigung der Gemeinde- oder Ortspolizeibehörde oder einer Krankenkasse sowie eine mit dem Firmenstempel versehene oder behördlich beglaubigte Bescheinigung des Arbeitgebers, bei Dienstboten auch das Dienstbuch gelten können. Der Nachweis ist jedoch nicht auf diese Beweismittel zu beschränken, sondern dem freien Ermessen aller Mitglieder des Wahlvorstandes zu überlassen.

### Röhlings Urteil über die Streiktaktik des sozialdemokratischen Verbandes.

Röhlings Ausführungen über unsere Streiktaktik wurden von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse ohne nähere Prüfung als Tatsachen hingenommen. Das ist die altbekannte sozialdemokratische „Objektivität“. Der „Textilarbeiter“ glaubt sogar auf Grund der genannten Ausführungen von einer „Moral totaler gewerkschaftlicher Verleumdung“ sprechen zu dürfen. Wir nehmen ihm das weiter nicht übel; wissen wir doch, daß es sein Erbfeind ist, stets von sich auf andere zu schließen. Aus all dem aber geht hervor, daß die Genossenpresse ihren neuen Kronzeugen für unbedingt glaubwürdig hält. Da wird sie wohl oder übel auch nachfolgende Urteile Röhlings über die Taktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes als richtig anerkennen müssen.

Ueber die vom sozialdemokratischen Verband so sehr begünstigten wilden Streiks schrieb Röbling noch in seinem letzten, zur Elberfelder Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht:

„Dauernde Wachsamkeit erfordern und viel Arbeit und Argers verursachen die in kürzeren Zwischenpausen ausbrechenden wilden Streiks. Diese bilden einen Krebschaden an der Arbeiterbewegung des Elb, weil sie die Reime solider Organisationsbildung überwuchern und ersticken.“

Merger kann man die beim sozialdemokratischen Textilarbeiterverband im Elb übliche Taktik nicht brandmarken, als es hier durch Röbling geschieht. Hoffentlich sucht dieser nunmehr seine neuen Freunde von der Richtigkeit seiner oben wiedergegebenen Ansicht zu überzeugen. Das wäre dann wenigstens eine vernünftige Tat.

Gelegentlich der im vorigen Jahre vom sozialdemokratischen Verband inszenierten und geführten Bewegung der Baumwoll- und Kammgarnspinner kennzeichnete Röbling die Taktik seiner jetzigen Freunde in einem Flugblatt wie folgt:

„Der sozialdemokratische Verband geht aber bei der gegenwärtigen Bewegung dazu über, die Arbeiter zum Verlassen der Arbeit unter Kontraktbruch aufzufordern

und stellt sogar den Unorganisierten den Ersatz der Kontraktbruchstrafe in Aussicht, wie dies bei der Sitma Meg. geschehen ist und zahlt den Unorganisierten Streikunterstützung auf Verbandsmitteln.“

Dies müssen wir als Verwilderung gewerkschaftlicher Grundsätze bezeichnen und offen erklären, daß wir für solche Praktiken allerdings nicht zu haben sind.“

Dem fügte Röbling folgende zutreffende Aufforderung bei: „Arbeiter und Arbeiterinnen von Mülhausen! Die Lage der Mülhauser Textilarbeiterchaft ist verheerend bedürftig. Aber nicht durch Putsch und lospfloßes Vorgehen unter Kontraktbruch kann Euch geholfen werden, sondern nur durch zielbewusste, vernünftige Gewerkschaftsarbeit. Wer mit uns einig ist in diesem Urteil, der stärke die Reihen des christlichen Textilarbeiterverbandes! Hoch der christliche Textilarbeiterverband!“

Interessant ist auch, was Röbling nach dem Abschluß der elend verkrachten Bewegung der sozialdemokratischen Verbandsleitung ins Stammbuch schrieb; interessant vor allem auch deswegen, weil da die Taktik der Genossen unsern Verbände gegenüber richtig gewürdigt wird. In No. 3, 1918 unseres Verbandsorgans heißt es in einem von Röbling verfaßten Rückblick auf die Bewegung:

„Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes hat bereits früher in einem Flugblatte darauf hingewiesen, daß die elementarste Vorbedingung für den Streik in der Einigkeit der Arbeiter bestehen muß. Ueber diese Winzenwahrheit setzten sich die Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes im Vollgefühl ihres „Kraftbewußtseins“ kalt lächelnd hinweg. Den christlichen Gewerkschaften wurde die Rolle zugewiesen, entweder willenlos sich den Anordnungen der Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu fügen oder auch nicht mitzumachen. Zu letzterem Verhalten wurde die christliche Gewerkschaft durch das brutal einseitige Vorgehen einzelner Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes geradezu provoziert. Man wollte eben den Kampf allein führen, um den Ruhm des Sieges allein genießen zu können.“

Röbling sagt weiter, sozialdemokratisch organisierte Arbeiter hätten als Hauptziel des Kampfes den Abschluß von Monopolverträgen bezeichnet. Damit sei es für uns ein Gebot der Selbstachtung und der Selbsterhaltung gewesen, der Streikbewegung gegenüber eine scharfe Frontstellung einzunehmen. Die Vernichtung des christlichen Textilarbeiterverbandes sei mindestens ein Nebenziel der Bewegung gewesen. Am Schlusse seines Artikels zieht Röbling folgendes Fazit aus der Bewegung:

„Dieser Abschluß (der Bewegung, d. R.) ist jetzt erfolgt. Die fanatisierten Arbeiter werden jetzt zu ihrem Leidwesen erkennen, wie ihre Interessen durch die maßlose Ueberhebung und das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen Hohn sprechende Vorgehen der sozialdemokratischen Führer nicht vertreten, sondern in Wirklichkeit zertreten wurden.“

Doch wird auch dieser 20wöchige Kampf, welcher sowohl der Mülhauser Industrie als auch der Mülhauser Arbeiterchaft schwere Wunden geschlagen hat, nicht ganz ohne Nutzen vorübergegangen sein, wenn die Arbeiter daraus die Erkenntnis ziehen, daß nicht blindes Draufgängertum, sondern nur ruhige und besonnene Gewerkschaftsarbeit die Arbeiter zu dauernden Erfolgen zu führen vermag und in Zukunft auch den alten Erfahrungsgrundsatz beherzigen, daß Einigkeit stark macht.

Wenn diese Lehren erst Gemeingut der Mülhauser Arbeiterchaft geworden sind, dann wird sie nicht mehr in der sozialdemokratischen, sondern allein in der christlichen Organisation ihre Interessenvertretung suchen und finden.“

Wir glauben, diese Darlegungen kennzeichnen am besten die „Wahrhaftigkeit“, mit der Röbling bei der Abfassung seiner Broschüre zu Werke ging. Vielleicht tragen diese Zeilen auch dazu bei, daß der Redakteur des „Textilarbeiters“, Genosse Krähig, mal in sich geht und einzusehen beginnt, daß „gewerkschaftliche Verleumdung“ und „gewerkschaftliche Veräntertaktik“ ganz wo anders zu Hause sind, als bei uns.

### Aus unserer Industrie.

#### Zur Lage der deutschen Baumwollindustrie

Schreibt der als guter Beobachter der Konjunkturschwankungen in der Baumwollindustrie bekannte Heinrich Schmlinger-Bamberg in einem Teile der Fach- und Tagespresse einen längeren Artikel. Man braucht gewiß nicht alles als unbedingt richtig hinzunehmen, was der Mann schreibt, aber es ist immerhin auch für unsere Leser interessant, zu wissen, wie dieser Industrielle die Dinge in der Baumwollindustrie beurteilt. Er schreibt:

„Als Ende Juni der Befriedigung Ausdruck gegeben werden konnte, daß die Bewegung des Baumwollmarktes eine selten beobachtete Gleichmäßigkeit der Preise zwischen 61 und 64 Pf. für greifbare Amerikaner-Ware in den ersten sechs Monaten des Jahres zeige, hatte man allgemein auch das Gefühl einer Fortdauer dieser mäßig hohen Notierungen und die Hoffnung auf eine ziemlich große Ernte in Amerika; die Nachrichten über den Stand der Baumwollpflanzen in den Vereinigten Staaten waren un widersprochen glänzend; zwar kamen uns schon im Laufe des Juli Klagen über zu große Trockenheit zu, allein bei der beliebten Art unserer amerikanischen Wetter, alles im Superlativ zu erzählen, gab man auch noch zu Anfang des Monats August den Kassanbarufen wenig Gehör, wurde aber doch flüchtig, als fortgesetzt Alarmrufe über große Hitze, ja sogar ausgebrochene Dürre in Texas und Maharashtra herüberdrangen und gegen August auch die Preise zu steigen angingen.“

Man begann

die goldene Zeit für die Spekulation, die vorher im Hinblick auf eine erwartete neue Kiesen-ernte nicht den Mut und die Kraft hatte, den Markt auszubereiten. Wieder einmal lagen viele Millionen auf Kosten der Baumwolle verbrauchenden Welt auf der Straße. In ununterbrochenem Siegeslauf — durch immer trüblicher werdende Witterungsberichte für die beiden Baumwollstaaten sich selbst übertrumpfend — haben die Macher von Wallstreet, von gleichgesinnten Seelen anderwärts gerne unterstützt, es fertig bekommen, den Konsum in Schrecken zu versetzen und die Preise innerhalb vier Wochen um 10 Pfg. das Pfund hinaufzutreiben. Die Spinneret, die fast auf dem ganzen Erdenrund seit langer Zeit mehr oder minder unter einer Ueberproduktion leidet, wurde von diesem Stimmungswechsel arg überrascht, hatte sie doch auf billige Herbstpreise um so sicherer gerechnet, als die Nachrichten aus den östlichen Baumwollstaaten der Union dauernd von einem geradezu idealen Pflanzenstand sprachen.

Die kommende Ernte mußte sich seit Anfang August die widersprechendsten Schätzungen gefallen lassen. Zwischen 12% bis 15% Millionen Ballen hat man die Wahl, und selbst die entgegengegesetzten Taxationen finden — unwiderlegliche Begründung. Man mag nun über diese Zahlen denken wie man will, eines ist doch sicher: Texas, das in normalen Jahren etwa ein Drittel zur ganzen amerikanischen Ernte beisteuert, und Oklahoma haben unter der Dürre des August schwer gelitten und nur ein schmales Ertragnis ist von diesen beiden Staaten zu erwarten; es wäre also mindestens gefährlich, auf eine Ernte zu rechnen, die den Bedarf der Spinneret in der neuen Saison namhaft übersteigt. Oklahoma, der Zukunftsbauwollstaat, der im Jahre 1895 das erstmalig in der Statistik mit einer Anpflanzungsfläche von etwa 35 000 Acres und einer Baumwollernte von 14 103 Ballen erscheint, im Frühjahr 1913 aber bereits 3 358 000 Acres unter dem Pflug hatte und im Vorjahr 1 055 000 Ballen auf den Markt brachte — litt am meisten unter der langanhaltenden Dürre; der Durchschnittsstand Ende September ging auf 42% einer Normalernte herab, auf eine Zahl so tief, wie sie bisher wohl niemals erreicht wurde.

An der Tatsache einer halben Missernte in diesem Staat und einem sehr mangelhaften Ertragnis in Texas kann heute nicht mehr gezweifelt werden, unsere ganze Hoffnung beruht also auf einem reichen Ertrag in den östlichen Distrikten, dann auf

Ostindien und Ägypten. Nach allen Berichten ist ein voller Ertrag in ostindischer Baumwolle zu erwarten. Abgesehen von einer starken Mehranpflanzung — 12 744 000 Acres gegen 10 814 000 in der vorhergegangenen Saison — lauten die Witterungsberichte sehr befriedigend und man wird mit einer Mehrerzeugung von 1/4 bis 1/2 Million Ballen für die europäische Spinneret rechnen dürfen. Es scheint, daß die englisch-indische Regierung auf die Ausbreitung des Baumwollbaues in neuester Zeit größeren Einfluß ausübt, und man darf wohl die Hoffnung hegen, daß nach Verlauf weniger Jahrzehnte die Produktion indischer Baumwolle auf 10 Millionen Ballen gestiegen ist und ein wirksamer Regulator bei der Preisregulierung der amerikanischen Baumwolle werden kann. In Ägypten geht die Ausbreitung des Baumwollbaues etwas langsamer, da das hierfür geeignete Gebiet von der Bewässerungsmöglichkeit durch den Vater Nil abhängig ist. Für die laufende Saison sind 1 723 094 Feddans (etwa 1 900 000 Acres) gegen 1 721 797 für 1912/13 und 1 711 227 für 1911/12 angebaut worden und es ist Aussicht vorhanden, daß, wie im Vorjahre, auch heuer wieder annähernd eine Million Ballen zu 333 Kilogramm geerntet wird.

Eine eigentümliche Erscheinung ist es, daß ein Teil der früher den Markt beherrschenden Mato nach und nach an Güte und Spinnwert verloren hat und durch neue Sorten ersetzt und verdrängt wird; am empfindlichsten trifft das die so beliebt gewesene Wiffi-Baumwolle, deren Anpflanzung innerhalb vier Jahren um 40% zurückging, während neue Marken aus besonders rein gehaltener Saat rasch den Markt erobern; so die Nubari, die von 97 000 Feddans Anpflanzung in 1910/11 auf 201 000 im laufenden Jahr ansteigt, dann die Safelardi, die man vor drei Jahren kaum dem Namen nach kannte, schon heute etwa 1/4 Million Feddan Anbaufläche umfaßt und eine ganz wunderbare lange und seidige Baumwolle darbietet, natürlich aber sehr teuer bezahlt werden muß. Auch von der

russischen Baumwollzucht erfährt man von einer 10 bis 15 prozentigen Vermehrung der Anpflanzung. Im letzten Jahre ist übrigens der Bedarf an amerikanischer Baumwolle, abgesehen von dem stark gestiegenen Eigenbedarf der Union, nach meiner Ansicht etwas überschätzt worden, weil man den Minderverbrauch der kontinentalen Spinneret, der dem ungünstigen Geschäftsgang und anderen Ursachen entspringt, zu wenig in Rechnung zog. Die in jüngster Zeit veröffentlichten Zahlen über den Verbrauch der deutschen Spinneret zum Beispiel sprechen dies deutlicher aus, als alle Aufstellungen und theoretischen Berechnungen einer fortgeschrittenen großen Verbrauchssteigerung. Nach den eingehenden Ermittlungen des Internationalen Spinnerverbandes ist

der Baumwollverbrauch seit 1908 bis 1913 im Deutschen Reich, trotz der Spindelvermehrung um 12 1/2%, nicht gestiegen, sondern eher etwas zurückgegangen; es verbrauchten die berichtenden Spindeln in der Saison:

Table with 3 columns: Year, Spindeln, Ballen. Data for years 1908-1913.

Abgesehen davon, daß sicherlich durch die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für Frauen, die Produktion der deutschen Spinneret um mehr als 10% zurückgegangen ist, fällt noch ins Gewicht die Verfeinerung der gesponnenen Durchschnittsnummer. Mit anderen Worten: während im Jahre 1908 auf 10 000 Spindeln 1914 Ballen verarbeitet wurden, brauchte man in der Saison 1912/13 nur 1520 Ballen. Der Zug, feiner zu spinnen, geht fast durch ganz Europa und hängt größtenteils mit der Mode zusammen. Der Lärm von dem jährlich stark steigenden Verbrauch ist also z. B. nicht tragisch zu nehmen; denn auch in Frankreich, Oesterreich, Italien, Spanien, Belgien, Holland und Portugal ist die gleiche Erscheinung festgestellt worden, während England, die Schweiz, Rußland und die Union, vorzugsweise aber Japan, einen Mehrverbrauch melden, ohne den Weltkonsum gegen die Vorjahre wesentlich zu erhöhen. Eine andere Frage ist aber, ob bei wieder normaler Spinneretbeschäftigung der Verbrauch nicht einen neuen großen Sprung aufwärts macht. Die politischen Einfälle und die teilweise trostlose Geschäftslage mit vielfeitiger Einschränkung der Arbeit in einer Reihe von Staaten, insbesondere Oesterreich und Italien, während der letzten zwei Jahre haben natürlich den Minderverbrauch mitverursacht. Belommen wir also 14 1/2 Millionen Ballen amerikanische Baumwolle neben den in Aussicht stehenden guten Ernten in Ostindien und Ägypten, dann braucht man

nicht an Hungerpreise zu glauben und kann aufatmen, wenn die nächsten drei Wochen vergangen sind, ohne uns einen tödlichen Frost in den Baumwolldistrikten der Union oder auch nur das Gerücht eines solchen gebracht zu haben. An diesem tödlichen Frost hängt das liebende Herz aller Hausspekulanten und man wird die amerikanischen amtlichen Wetterberichte während des laufenden Monats sehr sorgfältig verfolgen müssen, um nicht das Opfer aufregender Hausspekulationen zu werden, die garnicht wahr zu sein brauchen, um heillose Schrecken zu verbreiten. Von der höchsten Höhe sind die

Preise der Baumwolle seit 14 Tagen herabgestiegen,

weil der Septemberbericht des Ackerbauamtes etwas besser lautete, als man allgemein vorausah; gegenüber dem Stand vom 2. Oktober — 74 Pfg. — sind wir zwar um 5 Pfg. zurückgegangen, haben aber inzwischen 3 Pfg. wieder gewonnen. Ueber die demnächstige Gestaltung der Preise sind die Meinungen sehr verschieden; die Mehrzahl glaubt an dauernd hohe Notierungen und eine ungenügende Ernte; ja, wenn man die Zukunft, die sich wie eine ferne Hügelkette während der nächsten entscheidenden Wochen vor unseren geistigen Augen aufbaut, mit einem guten Reißglas durchdringen könnte, dann wäre eine Auskunft leicht zu geben und das Baumwollkaufen würde die Verwandtschaft mit Monte Carlo bald verlieren; ich halte es deshalb, wie stets, für das Beste, während der kritischen Periode sich jeder Spekulationsgeschäfte zu enthalten. Man wird zwar zurzeit dabei keine große Dividende erwirtschaften, aber auch vor großen Verlusten bewahrt bleiben und ruhig schlafen können. Wirklich billige Preise werden wir kaum zu sehen bekommen.

Daß unter der schroffen Preisbewegung der Rohstoffmärkte in den letzten zwei Monaten das

Garne- und Tüchergeschäft

sich nicht zu heben vermochte, ist sehr begreiflich. Besonders die deutsche Spinneret hat neben dem Risiko der Preischwankungen noch den umfangreichen Wettbewerb der eingeführten österreichischen groben Garne zu beklagen; denn mehr als 12 Millionen Pfund wurden davon in den Monaten Januar-August d. J. über die deutschen Grenzen geworfen, was zwanzigmal mehr ist als die vorjährige Einfuhr zur gleichen Zeit. Diese Einfuhr wird durch den niedrigen deutschen Zoll für die groben Garne begünstigt, hat doch kein kontinentaler Industriestaat, nicht einmal die freihändlerische Schweiz, einen so niedrigen Zollsatz dafür, wie das Deutsche Reich; und selbst dieser Zollsatz war nur nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten vom Reichstag im Jahre 1902 zu erreichen. Trotzdem ist heute die Lage der Spinneret, verglichen mit der Rohweberei, noch verhältnismäßig annehmbar zu nennen. Diese arbeitete mit schweren Verlusten, denn die für Rohtücher erlösten Preise decken schon seit sechs Monaten nicht annähernd die Herstellungs-kosten und man wundert sich, daß nicht schon längst eine allgemeine Produktionsbeschränkung der deutschen Webereien vereinbart wurde, die allein imstande wäre, der verderblichen Schleuderei und den dadurch hervorgerufenen Verlusten ein Ziel zu setzen. Vielleicht geht es uns dazu noch zu gut, obgleich der Kampf ums Dasein in der Weberei unerfreulich genug ist, wenigstens sind vom Baum unserer Hoffnung auf eine Wendung Blatt um Blatt abgefallen, just wie draußen in der herbstehenden Natur.

Eine Modeänderung

Könnte vielleicht sehr rasch der herrschenden Flaumheit auf dem Tüchermarkt ein Ende bereiten; ein wenig mehr Stoff an Oberkleid und diskreten Gewändern und Verwendung von etwas mehr Futterstoffen, würden wahre Wunder wirken; schade, daß Gesetz und Parlament darauf keinen Einfluß haben und der gegenwärtigen so gräßlichen Schlantheit nicht den Krieg erklären können. Man hat ausgerechnet daß ein unbedeutender Mehraufwand von Stoffen in der Kleidung unserer Frauenwelt dem zehnten Teil aller in Deutschland vorhandenen Webstühle neue, dauernde Beschäftigung verschaffen könnte. Wie wenig erfreulich die gegenwärtig den Markt beherrschenden Tücherpreise sind, zeigt ein Vergleich der Erlöse an der Stuttgarter Börse der letzten Zeit mit denen früherer Monate dieses Jahres.

Man konnte kaufen:

Table with 6 columns: Year, mibdg. Amerika, 30/42 r. Garn, 20/20 r. Garn, 19/18 Fab. Antume, 16/16 20/20 r. gl. Tücher. Data for years 1913 and months 6. Oktober to 8. März.

Wir sehen also am 3. März, als Widdling Amerika in Bremen 63 1/2 Pfg. kostete, höhere Tücherpreise als am 6. Oktober, wo die Baumwolle 72 1/2 Pfg. notierte, demnach beinahe 15 Prozent teurer war. Der beste Kommentar dazu sind die stark gewickenen Kurse aller Textilpapiere.

Aus dem Verbandsgebiete. Rechtsberatung unserer Mitglieder.

Ein in der sozialen Studentenbewegung tätiger, tüchtiger Jurist hat sich bereit erklärt, in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ unentgeltlich einen

juristischen Briefkasten

zu-führen. Darin können die Mitglieder unseres Verbandes vollständig gratis Rat und Auskunft in allen Fragen des gemeinlichen und bürgerlichen Rechts erhalten, soweit sich diese Fragen zu einer öffentlichen Beantwortung eignen.

Wir hoffen und erwarten, daß unsere Mitglieder von dem Entgegenkommen des Herrn regen Gebrauch machen werden. Alle Anfragen sind an die Redaktion unseres Verbandsorgans zu richten.

Mit kollegialem Gruß Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Am Samstag, den 25. Oktober, war Arbeitslosenzähltag (Festtag) für den Monat Oktober. Alle an diesem Samstag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist der Zentrale auf den Arbeitslosen-Berichtskarten (graue Monatskarten) zu berichten. Die Ortsgruppen-Vorstände werden gebeten, für rechtzeitige Berichterstattung Sorge tragen zu wollen.

Das letzte Mal (September) haben nicht berichtet:

- List of districts and cities: Bezirk Aresfeld, M.-Glabach, Aachen, Barmen, Bocholt, Münster i. Westfalen, Hannover, Schlesien, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden (Elsaß).

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Neumünster.

Ende eines sanktionierten Tarifbruches. Als im Jahre 1912, infolge des Zusammenbruchs der Tarifbewegung in Neumünster unter Leitung des Herrn Hübsch und unter Aufsicht der Herren Döbler und Rohrer, die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes jedes Vertrauen zu ihrer Leitung verloren hatten, versuchten die Führer, durch Einsetzung eines neuen Vorberätes in ihren Ruhmeskranz das Verlorene wieder zu gewinnen. Wie wurde das gemacht?

Am 23. Juni d. J. waren die Arbeiter (sämtlich dem „deutschen“ Textilarbeiterverband angehörend) bei der Firma „Cocus-Teppich-Fabrik A. G.“ unter Tarifbruch in den Streik getreten. Dieser Streik hat nun am 9. Oktober mit einer Niederlage der Arbeiterschaft geendet.

Der „deutsche“ Textilarbeiterverband hatte mit der Firma einen Tarifvertrag abgeschlossen, der folgenden Passus enthielt:

„Differenzen, welche durch Verhandlungen zwischen der Firma und dem Ausschuss nicht geregelt werden können, werden dem hiesigen Gewerbegericht als Schiedsgericht übertragen. Dem Schiedspruch des Gewerbegerichts unterwerfen sich beide Parteien.“

Nach dieser Abmachung war ein Streik vor Ablauf des Tarifvertrages ganz und gar ausgeschlossen. Trotzdem traten die Arbeiter am Montag, den 23. Juni, ohne Kündigung in den Streik, mit der Motivierung, sich eine willkürliche Behandlung von Seiten der Angestellten nicht länger mehr gefallen lassen zu wollen. Wenn auch die Klagen der Arbeiterschaft der Berechtigung nicht entbehren, war doch nach dem Tarifvertrag ein Streik gänzlich ausgeschlossen, weil das Gewerbegericht

als Einigungsamt zunächst angerufen werden mußte und dessen Entscheidung für beide Teile bindend war.

Bezeichnend für die Resultate der Erziehungsarbeit des Herrn Kobur ist auch die Tatsache, daß die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes die Arbeit einstellten, ohne vorher der örtlichen Geschäftsleitung und der Zentrale in Berlin von ihrem Vorhaben Kenntnis gegeben zu haben. Selbst der Vorsitzende der Zentrale war dort beschäftigt und ließ das eigenmächtige Vorgehen der Belegschaft gut. Nach unserer Auffassung wäre es nun Pflicht einer sich ihrer Verantwortung bewußten Verbandsleitung gewesen, dafür zu sorgen, daß die Arbeit möglichst schnell wieder aufgenommen werde und daß dann die Differenzen auf legalem Wege zu ihrer Erledigung geführt würden. Doch weit gefehlt! War es doch nur ein kleiner Betrieb, den man vor sich hatte, und war es doch eine brillante Gelegenheit, sich bei der mißtrauischen Mitgliedschaft wieder in Ehren zu bringen. Als man nun noch ein paar interessante oder besser gesagt, pikante Details aus dem Privatleben des Fabrikdirektors in Erfahrung gebracht hatte, da konnte die Geschichte losgehen. Zwar wurde nachträglich das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, doch läßt das ganze Auftreten der Genossen zu Anfang des Kampfes den Schluß zu, daß man lieber den Direktor im Streit klein kriegen wollte. Flugblätter mit persönlicher Anrempelung des Fabrikdirektors, mit allerhand persönlichen und erlauchten Tratsch, wurden verbreitet. Es sollte anscheinend der Direktor unmöglich gemacht werden. Dieses ist nun vorübergegangen.

Die böse Nebenwirkung blieb allerdings, daß der so angegriffene Direktor von einer Verhandlung nichts wissen wollte. Dazu kam, daß verschiedene Mitglieder des „deutschen“ Verbandes mit der ganzen Geschichte nicht einverstanden waren und bei der betroffenen Fabrik die Arbeit aufnahmen. So ging der Streit nach 16 Wochen vollständig verloren. Mit dem erhofften Siegeslorbeer der „Führer“ war es einmal wieder nichts. Von unserem Verband hat vor und während des Streiks kein Mitglied in dem betr. Betriebe gearbeitet. Ein einziges Mitglied unseres Verbandes, der diesen Tarifbruch nicht als legalen Streit angesehen und Arbeit angenommen hätte, hätte genügt, dem „deutschen“ Verband aus der Klemme zu helfen und uns die Schuld an dem schmachvollen Scheitern zuzuschreiben. So aber schweigt man in allen Tonarten. Zu bebauern sind nur die Opfer dieser „großartigen“ Gewerkschaftsstrategie, die jetzt als Arbeitslose ein kümmerliches Dasein fristen müssen. Und dieses alles durch Schuld eines Verbandes, der mit einer hohlen Phrasenlogie seine Mitglieder über die einfachsten gewerkschaftlichen Grundsätze hinwegtäuscht.

Aus unseren Bezirken.

Eine Gaukonferenz am Bodensee.

Am 5. Oktober fand für das badische Bodenseegebiet die erste Gaukonferenz statt. Etwa 30 Delegierte waren dazu erschienen. Alle Ortsgruppen, mit einer Ausnahme, waren vertreten. Den Vorsitz führte Bezirksleiter Kollege Rümmele. Die Tagesordnung war äußerst wichtig. Kollege Rümmele hielt ein ausführliches Referat über: „Die Geschäftsführung in den Ortsgruppen und die Aufgaben der Vertrauensleute“. Im ersten Teil seines Vortrages erläuterte Redner an Hand der verschiedenen Formulare und Geschäftsbücher deren Handhabung. Im zweiten Teil besprach er sodann die Pflichten der Vertrauensleute in der Besorgung der Mitglieder und der Agitation.

Mit großem Interesse folgten die Delegierten seinen Ausführungen. Sie stellten in der Diskussion noch verschiedene Anfragen, die vom Redner beantwortet wurden. Kollege Rümmele sprach über das Thema: „Wie kommen wir im Seegebiet vorwärts?“. Redner ging besonders auf die in jedem Orte vorhandenen speziellen Verhältnisse des näheren ein. Auch zeigte er, wie es möglich sei, im ganzen Seegebiet binnen kurzer Frist bedeutend vorwärts zu kommen. Auch dieser Vortrag fand bei den Delegierten lebhaftes Interesse.

Nachdem auch ihm eine ausführliche Diskussion gefolgt war, ergriff der Kollege Kammerer von Stuttgart das Wort, um zu dem „Fall Köhling“ einige Ausführungen zu machen. Mit Klarheit und Objektivität behandelte der Redner diese Sache. Alle Delegierten hatten nur ein Wort der Verachtung für eine solche Handlung, wie es Köhling getan. Dem Kollegen Kammerer wurde für seine Ausführungen ungeteilter Beifall gezollt. Die Köhling'sche Schrift wird bei den Mitgliedern nicht die geringste Wirkung erzielen. Unsere Bewegung hat schon eher einen Köhling abgestoßen, ohne in ihren Grundfesten erschüttert zu werden. Auch dieser Fall wird keine andere Wirkung erzielen, als die Ueberzeugung bei jedem befestigen, daß solche Elemente eben nicht in unser System hineinpassen.

Als dann unter Punkt Verschiedenes noch einzelne Fragen behandelt waren, schloß Bezirksleiter Kollege Rümmele die Konferenz mit Worten der Aufmunterung und Begeisterung, auch im Seegebiete dahin zu wirken, daß der christliche Textilarbeiterverband dieses Gebiet als eine seiner Domänen betrachten könne.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Ein verfehltes Unternehmen. Am 9. Oktober fand in Gaustadt unsere Quartalsversammlung statt, die recht gut besucht war. Nach Erstattung des Rassenberichts durch den Kollegen Klarmann berichtete Kollege Theob. Kerthoff über die in Nürnberg stattgefundene Bezirkskonferenz. Er hob die wichtigsten Punkte und Beschlüsse, besonders die der Agitation, hervor. Diesem Bericht folgte eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Kollegen Siedler,

Klarmann und Deinlein beteiligten. Alle Kollegen waren der Ansicht, daß im kommenden Herbst und Winter eine systematische Agitation betrieben werden solle. Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Mittelkind. Redner gab auf Grund des vorliegenden Materials eine klare und gründliche Aufklärung über die von Köhling herausgegebene Subelbroschüre, die sich gegen unseren Verband und speziell gegen unseren Zentralvorstand richtet. Schon der Umstand kennzeichnet den Charakter des Brochürenschrifters Köhling am besten, daß er, wie er selbst zugibt, jahrelang angeblühte Mißstände verschweigt, die er jetzt nach seiner Entlassung an die große Glocke hängt und, was das Bezeichnendste ist, sie dem Gegner übermitteln. Auch die vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband unternommene Heße wurde bei dieser Gelegenheit wieder einmal recht drastisch beleuchtet. Kollege Mittelkind forderte alle Mitglieder auf, sich nicht beirren zu lassen und treu und fest zum Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands zu halten.

In der daran anschließenden Diskussion berichteten mehrere Kollegen über die feige Agitationsweise der sozialdemokratischen Textilarbeiter in Bamberg. Die Genossen haben geglaubt, daß das Versenden der Köhling'schen an unsere Mitglieder durch die Post die Verbreiter nicht entlarven würde. Die Sache war doch zu dem angelegt, und wurde als Verbreiter der Broschüre der rote Lokalbeamte Trimborn erkannt. Auch wurde unseren Mitgliedern auf der Arbeitsstelle während ihrer Abwesenheit die Broschüre in die Tasche gesteckt. Das allein läßt schon den Schluß zu, daß die Rollen sich dessen schämen, was sie verbreiten und selbst dem Inhalt der Köhling'schen Broschüre nicht recht trauen oder selbst sogar nicht glauben. Die ganze Geheimtuerlei zeugt von sehr wenig Charakter.

Die Versammlung hat aber auch recht deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Rollen mit ihrem fanatischen Haß gegen den christlichen Textilarbeiterverband und dessen Führer bei unseren Mitgliedern nur das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich erreichen wollen. Die Bamberger Textilarbeiterchaft ist die rote Heße so satt, daß selbst Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ihren Unwillen über die rote Heße öffentlich zum Ausdruck brachten. Das beste Mittel gegen solche Agitationspraktiken ist nach Ansicht unserer Mitglieder eine frisch-fröhliche Agitation für den christlichen Textilarbeiterverband. Zum Schluß der schön und anregend verlaufenen Versammlung wurde das Verbandslied gesungen; Gewerkschaftsbrüder unentwegt und fest zum Bund gestanden!

Mit Worten des Dankes an die Mitglieder und mit der Aufforderung, zur nächsten Versammlung wieder so zahlreich zu erscheinen, schloß Kollege Wehringer die Quartalsversammlung.

Beitrag. Gegen die Köhling'sche Schandschrift. Unsere Kollegen und Kolleginnen waren zahlreich zu unserer am 11. Oktober stattgefundenen Versammlung erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Bened. Orts, leitete die Versammlung. Der Kassierer, Kollege Joh. Baues, gab den Rassenbericht über das letzte Halbjahr. Nach diesem Bericht hat unsere Ortsgruppenklasse den schönen Bestand von rund eineinhalbtausend Markt. Die Revision hat Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Darauf referierte der Kollege Gerhard Müller-W. Glöblich über „Köhling und seine Subelbroschüre“. Seine Ausführungen, welche die Schmähungen und Verleumdungen des Köhling gegen unseren Zentralvorstand und besonders gegen unseren Zentralvorstehenden scharf verurteilten und das ganze Geschreibsel als gemeine Rachetät darstellten, erndigten mit der Aufforderung, die Betrachter Kollegen und Kolleginnen möchten nach wie vor fest und treu zur Organisation halten. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen, und folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 11. Oktober im Lokale des Herrn Joh. Voers versammelten Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Bettrath haben von den in einer Broschüre des früheren Verbandsbeamten Köhling aufgestellten Verleumdungen und Verdächtigungen gegen unsere Zentralleitung, und besonders gegen den Kollegen Schiffer, mit tiefer Entrüstung Kenntnis genommen. Sie bezeichnen diese Handlungsweise als einen gemeinen Rachetät, der jedoch nicht geeignet sei, das Vertrauen der Betrachter zum Verband und seiner Leitung zu erschüttern.“

Unsere Winterarbeit wurde vom Vorsitzenden kurz dahingehend ausgelegt, daß neben der Agitation durch öftere Versammlungen und Unterrichtskurse unseren Mitgliedern das rechte Verständnis für unser Gewerkschaftsleben nahegelegt werde. Kollegen und Kolleginnen, Wissen ist Macht! Besucht recht zahlreich die Versammlungen, welche eine Quelle des Wissens, aber auch der Erholung sein sollen, und die wir durch Lichtbilder und andere Darbietungen vervollständigen. Recht gerne kommen wir dem Wunsche der Kollegen nach, die Versammlungen Sonntags zu halten, damit auch unsere Frauen an denselben teilnehmen können. Besucht recht zahlreich den vom Kollegen Müller geleiteten Unterrichtskursus, der euch einführen soll in der Gewerkschaft Wesen und Zweck. Der letzte Punkt der Tagesordnung war ein Lichtbildervortrag über „Krupp und sein Werk“. Mit Aufmerksamkeit wurden die durch schöne Lichtbilder vervollständigten Ausführungen verfolgt, die uns einen Blick tun ließen in das Werk eines großen Mannes und die schwere Verarbeit unserer Kollegen in der Eisen- und Hüttenindustrie. Mit dem Wunsche, recht bald wieder in einer anregenden und schönen Versammlung uns wiederzusehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Delmenhorst. Zehnjähriges Bestehen. Am 21. Juni dieses Jahres konnte unsere Ortsgruppe auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus verschiedenen Gründen wurde die Feier bis in den Herbst verschoben. Am 5. Oktober fand nun die Feier bei H. Defermann statt, in dessen Räumen seit der Gründung ununterbrochen die Versammlungen stattfanden. Im Namen der Ortsgruppe hieß der Vorsitzende alle Anwesenden herzlich willkommen. Besonders dankte er unserem früheren Bezirksleiter, Kollegen Camps aus Münster, für sein Erscheinen und für die Uebernahme der Festrede. Kollege Camps war in den ersten Jahren unseres Bestehens unser Bezirksleiter. Er hat sich um unsere Ortsgruppe sehr verdient gemacht. Weiter dankte Kollege Meibart unserm jetzigen Bezirksleiter, Kollegen Senfing-Hannover, für sein Erscheinen. Ebenfalls dankte er den Gründern der hiesigen Ortsgruppe für ihre unermüdete Arbeit in den zehn Jahren. Es sind noch 14 Gründer vorhanden. Ihre Plätze waren mit Blumen geschmückt. Der Vorsitzende verlas die Namen: Joh. Thume, Angelin Gute, Karl Kuchenhöf, Gustav Kramer, Wilh. Girschfeld, Heinz Blase, Blasius Biffon, Georg Montag, J. Bachmann, Jos. Schardt, Aug. Brandel, Franz Albrecht, Wilh. Hajduck und Felix Cuder. Kollege Camps hielt einen legeriert aufgenommenen Festvortrag. Er wies auf die vielen Kämpfe hin, die die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen mit den Gegnern zu führen hatten. Trotz aller Verleumdung und Be-

kämpfung stehen wir heute zu Hunderttausenden in den christlichen Gewerkschaften zusammen. In bezug auf die Opferwilligkeit stehen wir den Gegnern nicht nach. Kollege Camps schilderte auch seine ersten Versuche, hier eine Ortsgruppe zu gründen. Nach mehreren Versuchen erst glückte es. Er ermahnte die Mitglieder, treu zum Verbands zu stehen und gut mitzuarbeiten. Es soll nicht die ganze Arbeit dem Vorstand überlassen bleiben. Diejenigen Mitglieder, die so handelten, seien tote Mitglieder. Die Söhne und Töchter unserer christlichen Arbeiter müßten sich den christlichen Berufsverbänden anschließen. In seinen weiteren Ausführungen freiste Redner den Werstarbeiterstreik, den Massenstreik, sowie die Köhling'schen Verleumdungen; in bezug auf die bevorstehenden Ausschussswahlen zu den Krankenkassen erinnerte er die Mitglieder an ihre Pflicht und Schuldigkeit. Seine Rede klang aus in ein donnerndes Hoch auf unsere Ortsgruppe. Kollege Senfing widmete den Gründern der hiesigen Ortsgruppe warme Worte. Mit Stolz könne unsere Ortsgruppe auf ihren starken Aufschwung zurückblicken. Er sprach seine Freude darüber aus, daß noch 14 Gründer vorhanden seien. Mit einem Hoch auf sie schloß er seine Ausführungen. Im Namen der Ortsgruppe überreichte der Vorsitzende den Gründern kleine Broschüren mit entsprechender Widmung. Kollege Kuchenhöf dankte im Namen der „Veteranen“, und Kollege Anton Kuchta sprach noch einige beherzigende Worte an die jüngeren Mitglieder. Auch fand eine Verlosung statt, wobei mancher Festteilnehmer ein kleines Andenken mit nach Hause brachte. Bei musikalischer Unterhaltung und humoristischen Vorträgen blieben die Festteilnehmer noch einige Zeit beisammen.

Wöhren-Wüffel. Volles, unerschütterliches Vertrauen. Die Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe vom 12. Oktober beschäftigte sich unter anderem auch mit der Köhling'schen Verleumdungsbroschüre. Der anwesende Bezirksleiter hielt zu dieser Angelegenheit ein aufklärendes Referat. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Mitglieder. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung nimmt Gelegenheit, ihren lebhaften Unwillen über die Köhling'schen Verdächtigungen auszusprechen. Die Broschüre ist ein Rachetät und als solcher zu bewerten.“

Die Versammlung spricht der Verbandsleitung und besonders unserm verdienten Zentralvorstehenden, Kollegen Schiffer, ihr volles, unerschütterliches Vertrauen aus. Sie verpflichtet, jetzt erst recht für den Verband und seine Ausbreitung mit allen Kräften einzutreten.“

Forst (Lautz). Volles Vertrauen zum Verbands und seiner Leitung. Obgleich Forst unter dem Zeichen des Jahrmärktstrummels stand, hatte sich eine schöne Anzahl unserer Kollegen und Kolleginnen zu der am 14. Oktober stattgefundenen Versammlung eingefunden. War doch der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. An Stelle des ersten Vorsitzenden, der durch Krankheit an seinem Erscheinen verhindert war, eröffnete Kollege Zernikow die Versammlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom dritten Quartal. Dabei trat besonders die hohe Summe hervor, die im verfloffenen Quartal für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden ist. Der beste Beweis, daß der Verband etwas nützt, aber auch der beste Beweis dafür, daß die Genossen, welche damit haufieren gehen, daß in unserm Verbands keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt würde, bemerkt oder unbewußt die Unwahrheit sagen. Jedemfalls suchen sie dadurch Vorgänge, die sich in ihrem eigenen Lager abspielen, zu verbergen. In letzter Zeit soll es häufig vorgekommen sein, wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, daß noch lange nicht jeder im „deutschen“ Textilarbeiterverband für würdig befunden wird, bei Arbeitslosigkeit Anträge an die Verbandskasse zu stellen. Ja, es sind uns Fälle mitgeteilt worden, wo Mitgliedern, die nicht direkt am Hungertuche nagten, einfach die Unterstützung verweigert wurde, mit dem Bemerten, — du hast es doch nicht so nötig. — Das ist aber auch ohne weiteres zu verstehen, wenn man bedenkt, daß das Geld, welches von den Mitgliedern zusammengetragen wird, für ganz andere Zwecke verwendet wird. Ja, es gibt Leute, die halten es für viel wichtiger, die Köhling'sche Subelbroschüre zu kaufen und zu Hunderttausenden unentgeltlich verteilen zu lassen, als den Mitgliedern ihre Unterstützungen auszuzahlen und dort, wo es not tut, für die Interessen der Arbeiter etwas Geld zu opfern.

Wie sagt doch der Genosse Perognast aus Spremberg. Mitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes: „Auf Antrieb des Hauptvorstandes sind noch nicht viel Streiks entstanden, das kann man bei uns Textilarbeitern in der Niederlausitz am besten sehen. Hier kümmert sich der Hauptvorstand überhaupt nicht um die Kollegen. Alles läßt den Zentralvorstand kalt; er macht keinen Finger krümm, um das Glend etwas zu lindern.“ Dann schreibt er weiter: „Der Lohn wird immer geringer und die Behandlung spottet jeder Beschreibung.“

Der Genosse hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen, dies paßt nicht nur für Spremberg, sondern für die ganze Niederlausitz. Ueberall daselbe Glend, dieselbe Drangsalterung: Ueberall klagt man über schlechte Behandlung und Reduzierung der Löhne. Und wenn dann einmal die Arbeiterchaft empört über derartige Zustände, sich aufrafft und von dem Recht der Kündigung Gebrauch macht, dann kommt der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Verbandes und sagt, das gibt's nicht, gestreikt wird nicht, wir haben kein Geld in der Kasse. So hat man es zu wiederholten Malen in der Niederlausitz erfahren, so war es erst noch vor ein paar Wochen in Luckenwalde. Ja Genossen, merkt ihr denn nicht, daß dies nicht anders möglich ist, daß man euer Geld für andere Zwecke verwenden muß, z. B. zum Ankauf der Köhling'schen Subelbroschüre.

Hierüber sprach Kollege Fassbender in längeren Ausführungen und bewies an Hand der von der Zentrale herausgegebenen Broschüre, daß das Köhling'sche Werk eine niedrige, gemeine Handlungsweise, ein ganz gemeiner Rachetät eines entlassenen Beamten ist und als solcher bewertet sein muß. Aber auch alle Diskussionsredner sprachen sich in demselben Sinne aus und verurteilten auf das Entschiedenste eine solche Handlungsweise. Alle waren von dem Gedanken durchseelt, je mehr unsere Führer und ganz besonders unser Zentralvorstehender, Kollege Schiffer, angegriffen und angefeindet werden, umso fester werden wir uns um unsere christlich-nationale Fahne schlagen, umso treuer werden wir zu unserm Verbands halten. Und wenn es auch manchmal aussehn mag, als ob die Wogen über uns zusammenzuschlagen wollten und uns zu vernichten drohten, so werden wir umso fester zusammenstehen und gemeinsam dem Feinde die Stirn bieten, bis der Wall von Verleumdungen durchbrochen ist und der Sieg und die Wahrheit sich an unsere Fahne heften.

Zum Schluß ergriff Kollege Fassbender nochmals das Wort und forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, die

Versammlungskalender.

Beitrag. 5. November, 9 Uhr, im Heim der Junglingskongregation, Anfang des Unterrichtskurses.
Borghorst. 9. November, 11 Uhr, bei Fr. Dwerfeg.
Gera. 11. November, 8 Uhr, im Jägerhof, Schülerstraße 25.
Neuwerk. 2. November, 1/2 6 Uhr, bei Anton Rommerskirchen

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Heinrich Leier in Warendorf.
Robert Mosbleck in Blombacherbach.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1914. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Akt.-Ges., Berlin C 2, Stralauer Straße 25.
Der Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands läßt ieben im Verlage der Germania Akt.-Ges. in Berlin sein Taschenbuch für 1914 erscheinen. Der vorliegende neue Jahrgang hat für die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine noch einen ganz besonderen Wert und ein erhöhtes Interesse, weil die Aufmerksamkeit der mehr als 300 000 Mitglieder einmal auf die Gewinnung der Arbeiterfrauen für die Mitarbeit in unseren Arbeitervereinen und des jugendlichen Nachwuchses für die christlichen Gewerkschaften gelenkt wird; ferner sind zwei staatsbürgerliche Fragen, die seit Jahren im Vordergrund des Tageskampfes stehen, die Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik eingehend behandelt. Zur Klärung letzterer Fragen bringt es eine erschöpfende Darstellung der einschlägigen Probleme, die sich als Unterlage für Diskussionen in Vereinsversammlungen und Unterrichtskursen empfiehlt, insbesondere aber auch als Rüstzeug für den politischen Tageskampf. Welch erstaunliche Fülle geistiger Arbeit und praktischer Lebensweisheit das Arbeiter-Taschenbuch enthält, möge nachstehender Auszug des Inhaltsverzeichnis darlegen:
Kalendarium (auf Schreibpapier). Erstes Kapitel. Arbeitervereine. Adolf Kolping zum Gedächtnis (mit Bildnis). — Arbeiterbewegung und Arbeiterfrauen. — Unsere Vorstände. — Welches Interesse haben die Arbeiter an der katholischen Dienstbotenbewegung? — Beziehung der Jugendlichen zu den christlichen Gewerkschaften. — Zweites Kapitel. Staat und Reich. Politischer Sinn. — Magazin für den Steuerkampf. — Tatsachen zur Beurteilung unserer Wirtschaftspolitik. — Drittes Kapitel. Aus unserer Statistik. Die Westdeutschen Arbeitervereine. — Die katholischen Gesellenvereine. — Zentralverband katholischer Jugendvereinigungen Deutschlands. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. — Viertes Kapitel. Adressbuch des Kartellverbandes. Der Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. — Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. — Anhang. Post- und Telegrammgebühren.
Wer als Arbeiter oder Arbeiterfreund nach Material zu einer Weiterbildung in sozialpolitischer oder religiöser Hinsicht sucht, kann die Arbeiter-Taschenbücher nicht entbehren.

Inhaltsverzeichnis.

Verbittung. — Artikel: Das Arbeitslosenproblem. — Lebensmittelerzeugung und Lebensmittelversorgung. — Die Situation in Bosph. — Deutschland als Brennpunkt des Jugendschutzes. — Sozialdemokratische Abgler. — Feuilleton: Wegeistigung. — Was ist uns Leipzig 1913? — Allgemeine Rundschau: Eine glänzende Apologie der Gewerkschaftsfrage. — Die Moral mit doppeltem Boden. — Ein schlechtes Kompliment. — Etwas für die „Berliner“. — Der Flachszoll. — Der Fluch der bösen Tat. — Die Arbeitslosenfürsorge in Bayern. — Gerichtet. — Wahl der Kassenorgane. — Röhling's Urteil über die Streitakt der sozialdemokratischen Verbandes. — Aus unserer Industrie: Zur Lage der deutschen Baumwollindustrie — Aus dem Verbandsgebiete: — Rechtsberatung unserer Mitglieder. — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. — Neumünster. — Aus unseren Bezirken. — Eine Gantonsferenz am Bodensee. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Beitrag. — Delmenhorst. — Döhren-Wülfel. — Forst. — Freiburg. — Greiz. — Hansen-Raitbach. — Gersheim. — Limbach. — Moosch. — Reichenbach. — Schöllbronn. — Schönau. — Waals. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder,
agitiert für den Verband!

im Wessertingertale scharenweise das Nest verlassen“, so ist dies schon sein Lieblingswunsch, den zu hegen wir ihm aber absolut nicht verheßen wollen.

Reichenbach (W.). Eine sehr wichtige Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am 12. Oktober ab. Auf der Tagesordnung standen: Aussprache über die Röhlingbroschüre, Vortrag über Krankenkassenwahlen. In der Aussprache über die Röhlingbroschüre kam so recht zum Ausdruck, mit welchem Absehen unsere Mitglieder das Nachwort dieses entlassenen Beamten und seiner roten Helfershelfer betrachten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes einverstanden und hofft, daß es ihm gelingen wird, die Verbächtigungen des entlassenen Röhling zu beseitigen.“

Alsdann referierte Kollege Melcher über die Bedeutung der kommenden Ausschuswahlen zu den Krankenkassen. Er führte die Anwesenheit zuerst in das große Werk der Reichsversicherungsordnung ein, führte den Anwesenden die Neuerungen im Krankenkassenwesen vor Augen und ging dann auf die Zusammenhänge des Krankenkassenausschusses und der Versicherungsämter ein. Alle Anwesenden erkannten die Notwendigkeit, bei den kommenden Krankenkassenwahlen dafür zu sorgen, daß auch der nationalen Arbeiterschaft ein gewisser Einfluß gesichert wird. Zum mindesten wollen unsere Mitglieder dafür sorgen, daß der Sozialdemokratie das Feld nicht allein überlassen bleibt. Nachdem unter Punkt Verschiedenes Kollege Melcher die Reichenbacher Kollegen zur Jahreshunderfeier und zum Stiftungsfest nach Greiz eingeladen hatte, fand die Versammlung ihr Ende.

Schöllbronn (Bad. Nbtal). Einen wirklich anregenden Verlauf nahm die Versammlung unserer Ortsgruppe am 11. Oktober. Zu einem gemütlichen Abend ausgeht, erfreut sie sich eines guten Besuches. Nachdem Herr Redakteur Hügle-Göttingen mit einem Klavierkonzert gedient hatte, eröffnete Kollege Wipfler die Veranstaltung und wies einleitend darauf hin, daß es nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehöre, Feste zu feiern, jedoch seien auch dem Arbeiter einige Stunden gemütlichen Zusammenseins immerhin gestattet.

Nach einem frisch gesungenen Liede berichtete Kollege Saurer eingehend über die Bezirkskonferenz in Basel. Darauf folgten einige, von einem Männerquartett gesungene Lieder, denen reichlich Beifall gezollt wurde.

Sodann hielt Herr Redakteur Hügle-Göttingen einen groß angelegten Vortrag über die Bedeutung des Jahres 1913. Wieder erlangten Klavierkonzerte und einige prächtige Leistungen des Männerquartetts, denen sich das Schlusswort des Kollegen Saurer angeschlossen. Zweifellos hat der Abend dazu beigetragen, neue Begeisterung bei allen unseren Mitgliedern zu entfachen. Möge der Samen reiche Früchte tragen. An alle unsere Mitglieder aber richten wir: das Gelingen, dem Verbands in allen Stürmen der Zeit treu zu bleiben, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Schönau (Wiesental). Am Fuße des Belchen liegend, bietet das Industrieortchen Schönau für den Wanderer einen herrlichen Anblick. Die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen des so schön gelegenen Städtchens haben es erkannt, daß heutzutage die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur im Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen Organisationen möglich ist. Und so hat denn eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen dem Ruf des christlichen Textilarbeiterverbandes Folge geleistet. Sie ist unserem Verbands beigetreten. Neben den übrigen Schulungs- und Bildungsmitteln, welche den Kollegen und Kolleginnen zur Verfügung stehen, sind die Mitglieder der Versammlungen hauptsächlich dazu da, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und um die Mitglieder über die Vorgänge im Verbands auf dem Laufenden zu halten. Am 14. Oktober hatten wir hier wieder eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung zu verzeichnen. Sie bezweckte hauptsächlich die Einführung unseres neuen Lokalbeamten, Kollegen Buchner, und ferner Aufklärung unserer Mitglieder über die Subelbroschüre Röhling's. Unser Bezirksleiter Rümmele überlegte in einem ausführlichen Referate die hauptsächlichsten Anschuldigungen Röhling's gegen unsere Verbandsleitung. Wir konnten feststellen, daß alle Kolleginnen und Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Rümmele einverstanden waren. Nachher gab unser neuer Lokalbeamter in einem kurzen Referate einige praktische Ratschläge für die kommenden Krankenkassenwahlen. Kollege Held forderte hierauf die Kollegen und Kolleginnen auf, bei der bevorstehenden Herbst- und Winteragitation tüchtig mitzuarbeiten, damit die Ortsgruppe Schönau wieder einen weiteren Schritt vorwärts komme.

Waals. Gegen die Röhling'sche Broschüre. In unserer am 18. Oktober abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Weber-Nachen über das Nachwort Röhling's. Es wurde vom Referenten, sowie von allen Diskussionsrednern, scharf ins Gericht genommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 18. Oktober stattgefundene Versammlung der Ortsgruppe Waals spricht nach Kenntnisnahme der Aufklärungen in unserem Verbandsorgan und nach einem Referate des Kollegen Weber-Nachen dem Zentralvorstande und speziell unserm Zentralvorstehenden, Kollegen Schiffer, das vollste Vertrauen aus. Sie beurteilt die Schrift Röhling's als das, was sie ist, als das Nachwort eines verärgerten und rachedürstigen Negativen. Die Versammlung verpflichtet, mit allem Nachdruck an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften, ganz besonders unseres christlichen Textilarbeiterverbandes, zu arbeiten.“

Briefkasten.

Nach Dresden. Den Bericht aus Chemnitz erhalten. Wir möchten von dem Material gegen den Herrn V., der jetzt in Berlin in leitender Stellung ist, noch keinen Gebrauch machen. Es liegt uns nicht, den Kampf so persönlich zu führen, als es das Schmutzblatt des „deutschen“ Verbandes macht. Man bekommt ja einen Gsel vor dieser persönlichen Kampfesweise. Wir wollen jedoch mal abwarten, wie sich der „Textilarbeiter“ verhält. Wir haben noch manches in unserer Mappe.

Nach Landeshut. Für dich gilt dasselbe. Uebrigens ist es uns der Kr. nicht wert, daß wir uns eingehend mit ihm beschäftigen.

Nach Lörrach. Besten Dank für die Einsendungen. Wenn du wieder solche Sachen findest, schide sie uns ein. Du tust uns einen großen Gefallen damit. Aber schreibe sie dann auf ein größeres Blatt Papier. Frdl. Gruß.

nun kommenden langen Herbst- und Winterabende zur Agitation zu benutzen. Mögen sich uns auch noch so viele Schwierigkeiten entgegen stellen, wir wollen sie überwinden, von dem Gedanken ausgehend, Schwierigkeiten sind dazu da, damit sie überwunden werden sollen.

Und nun vorwärts Kollegen und Kolleginnen mit frischem Mut an die Arbeit. Wir wollen nicht rasten und nicht ruhen, bis wir die große Zahl der Unorganisierten dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbände zugeführt haben, eingedenk des Wortes: „Einsigkeit macht stark.“

Freiburg i. Breisgau. Ein neuer Textilbetrieb. Unsere Stadt ist bekannt als ein Paradies für Studenten, Pensionäre und Privatisers. Nicht so für die Arbeiter, da die Wohnungsmieten fast unerschwinglich hoch sind. Auch fehlt es an Industrie. Die wenigen vorhandenen Textilbetriebe bezahlen geradezu Glendälöhne. Die Bestrebungen, mehr Industrie heranzuziehen, sind nun von einem Erfolg begleitet gewesen. Bereits im Dezember d. J. soll eine Fabrik für feine Unterzeuge (Trikotage-Ware) eröffnet werden. Dieses Unternehmen in unserer Stadt ist ein Fällalbetrieb einer großen schweizerischen Aktiengesellschaft. Das Anwesen befindet sich in der Wenzingerstraße und ist so angelegt, daß es später leicht vergrößert werden kann. Einige 100 Arbeiterinnen sollen Beschäftigung finden. Möge die neue Erwerbsart zum Vorteil auch der Arbeiter sich entwickeln und besseren Verdienst bringen.

Greiz i. B. Eine reichhaltige Tagesordnung wies unsere Mitgliederversammlung am 27. September auf. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen seitens des Vorstandes erstattete Kollege Fickel den Bericht von der Gantonsferenz in Chemnitz. Dieser Punkt nahm einen ziemlich breiten Raum der Tagesordnung ein. An der Diskussion beteiligten sich hauptsächlich die Kollegen Kanis und Hödel. Alsdann wurde nach einem kurzen Referat des Kollegen Melcher der Erfolg der Färbereiarbeiterbewegung besprochen. Hier trat im allgemeinen jutage, daß unser Verband alles getan hat, diesen Erfolg der Sächsisch-Thüringischen Färbereiarbeiterschaft sicherzustellen. In Zukunft will jeder Kollege und jede Kollegin weiter am Ausbau unserer Organisation arbeiten. Unter Verschiedenes machte der Vorsitzende bekannt, daß im Winterhalbjahr unsere Versammlungen wieder ihren vierten Sonntag im Monat abgehalten werden. Eine längere Aussprache wurde noch über die jetzt in der Sächsisch-Thüringischen Textilindustrie herrschende Arbeitslosigkeit gepflogen. Kollege Melcher forderte hierbei die Anwesenden auf, jede Arbeitslosigkeit, auch die nichtunterstützungsberechtigte, auf der Geschäftsstelle zu melden. Mit dem Hinweis auf die Feier unseres Stiftungsfestes wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Hausen-Neitbach. Gut besucht war unsere Mitgliederversammlung vom 15. Oktober. Nach Bekanntgabe des Kassenberichts für das vierte Quartal und der Beschlüsse der Bezirkskonferenz in Basel sprach unser Lokalbeamter, Kollege Buchner, über das neue Krankenversicherungsgesetz. Dabei betonte er, daß, wenn unsere Mitglieder bei den demnächst stattfindenden Ausschuswahlen ihre Pflichten erfüllen, ein Erfolg für unsere Sache nicht ausbleiben werde. Nachher streifte Referent mit einigen Ausführungen die Rachebroschüre Röhling's gegen unsere Verbandsleitung. Mit besonderer Genugtuung konnte der Redner bei unseren Mitgliedern feststellen, daß sie sich mit feinen Ausführungen einverstanden erklärten. Zum Schlusse versprachen die Kollegen und Kolleginnen, im kommenden Winter an der Ausbreitung unseres Verbandes mitarbeiten zu wollen.

Sersheim (Pfalz). Krankenkassenwahltag. Zum ersten Male ist es der hiesigen christlich-nationalen Arbeiterschaft gelungen, sich eine ihrer Stärke entsprechende Position in der Ortskrankenkasse Landau zu sichern. Am 28. September fanden die Wahlen statt. Drei Vorschlagslisten waren eingereicht. Die vereinigten freien und Tisch-Wunderscher Gewerkschaften erhielten 558 Stimmen und 21 Vertreter, die christlich-nationale Liste erhielt 468 Stimmen und 17 Vertreter und der Verein für Fraueninteressen 59 Stimmen und 2 Vertreter.

Was in allem genommen kann der Erfolg sich sehen lassen. Auch hier haben die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Kassenverwaltung verloren, dank der eifrigen Tätigkeit der christlich-nationalen Wahlvereinigungen. Unannehmlich ist es, an eine Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu arbeiten, dann wird bei der nächsten Wahl die Stellung der Sozialdemokratie völlig gebrochen werden.

Simbach (Sachsen). Aufklärung über die gemeinnützige Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sollte unsere am 11. Oktober abgehaltene Versammlung bringen. Dieser Aufgabe entledigte sich der Kollege Melcher aus Greiz. An Hand des Prospektes wies er die Vorteile jener Versicherungsart nach und gab auch noch sonst die für die Aufnahme von Versicherungen notwendigen Anweisungen. Alsdann wurde die vom ehemaligen Kollegen Röhling herausgegebene Broschüre besprochen und das Verhalten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in dieser Frage aufs entschiedenste verurteilt. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom dritten Quartal wurde die Versammlung geschlossen.

Moosch. Zum sozialdemokratischen Verleumdungsfeldzug mit der Röhlingbroschüre gegen den christlichen Textilarbeiterverband hat der letztere in öffentlichen Versammlungen Stellung genommen. Besonders die Versammlungen in Malmerespach und Moosch — am letzteren Ort war das Lokal schon vor Beginn überfüllt — hatten einen imposanten Verlauf aufzuweisen. Das Urteil über Röhling hatte sich die Arbeiterschaft dieser Orte ohnedies schon vor Stattfinden dieser Versammlungen gefällt: „Dem haben wir nie getraut; der hat uns überhaupt nie gefallen“, so hörte man vielfach die christlichen Verbandsmitglieder sagen.

In den Versammlungen selbst gab Gewerkschaftssekretär Kollege Wlger einen objektiven Bericht über die inneren Zusammenhänge der Röhling-Affäre. Den sozialdemokratischen Freunden, die sich die Verteilung der Röhlingbroschüre so angelegen sein ließen, wäre zu empfehlen, wenigstens auch jenes Material aus ihren eigenen Reihen zum Brodschützendruck zu verwenden, welches der Referent in dieser Versammlung bekannt gab. Ihren Anhängern würden sie dadurch einen viel interessanteren Lesestoff über Selbstschändlichkeiten und andere schöne Geschichten bieten, als ihnen die Röhlingbroschüre zu bieten vermag.

Das eine sieht nach diesen Versammlungen fest: die sozialdemokratische Heze, die sich auf den Verleumdungen des neugeborenen Genossen Röhling aufgebaut, hat das Vertrauen der christlich organisierten Arbeiter des Wessertales zu ihrem Verbands nicht erschüttern können. Darum Genosse Stell am 4. Okt. in der täglich ausgefallenen Wühlhauser Bodstallversammlung von „Bögeln“ sprach, die